



IMPRESSUM

Der *AKA-Newsletter* wird für den ARBEITSKREIS FÜR
 AGRARGESCHICHTE zweimal jährlich herausgegeben von
 Dr. Frank Konersmann,
 Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie
 Universität Bielefeld, Postfach 100131, D-33501 Bielefeld,
 Tel.: 0521/1062535
 e-mail: fkonersm@Geschichte.Uni-Bielefeld.de

Mitteilungen, Rezensionen, Diskussionsbeiträge,
 Anregungen werden - am liebsten als Textausdruck
 unter Beifügung einer Diskette mit einem üblichen
 Textverarbeitungsprogramm (word, word für windows,
 wordperfect) - an die o.g. Adresse erbeten.

12 - 2002

Inhalt

EDITORIAL	S. 3
TAGUNGSBERICHTE	
Sommertagung des AKA (Frank Konersmann)	S. 5
Allmenden und Markgenossenschaften vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Kolloquium im Museumsdorf Cloppenburg (Niels Grüne)	S. 9
Agrargeschichte wohin? (Ernst Langthaler/Josef Redl)	S. 16
TAGUNGSANKÜNDIGUNGEN	
Geld, Kredit und Markt in vorindustriellen Gesellschaften (Mark Häberlein, Markwart Herzog, Christof Jeggle)	S. 19
New Cultural History - Economic History, Environmental History, and History of Technology (Jürgen Schlumbohm)	S. 23

KLEINE BEITRÄGE

Agrarfragen. Zum neuen Heft der ÖZG (Erich Landsteiner/Ernst Langthaler)	S. 25
Die Dorfkirche als Forschungsaufgabe (Christofer Herrmann)	S. 27
Ländliche Siedlungsplanung als Forschungsaspekt der Historischen Geographie und Agrargeschichte - einige Anmerkungen (Andreas Dix)	S. 29

BUCHBESPRECHUNGEN

Jo Little, Gender and Rural Geography. Identity, Sexuality and Power in the Countryside (Bernd Hüttner)	S. 41
Gerd Vonderach (Hrsg.), Landbewohner im Blick der empirischen Sozialforschung (Bernd Hüttner)	S. 43
Renate Meyer-Braun, Alltag im Wirtschaftswunder. Bremer Werftarbeiterfamilien in den 1950er Jahren (Bernd Hüttner)	S. 44
Thomas Rudert/Hartmut Zückert (Hrsg.), Gemeindeleben. Dörfer und Kleinstädte im östlichen Deutschland (16.-18. Jahrhundert) (Alix Johanna Cord)	S. 45
Alix Johanna Cord, Die ostholsteinische Gutswirtschaft im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Hufenpächter (Verlagsankündigung)	S. 48

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Neue Mitglieder	S. 49
Ausgeschiedene Mitglieder	S. 49
Adressenänderungen	S. 50
Veröffentlichungen	S. 50

IMPRESSUM

S. 52

EDITORIAL

Die Pflege der Internetseite des AKA (www.agrargeschichte.de) hat vorerst Bernd Hüttner bis Ende März 2003 übernommen, wofür er monatlich ein Honorar von 25 Euro erhält. Auf dieser Finanzierungsgrundlage wird er die erforderlichen Arbeiten - beispielsweise Aktualisierung der Adressenliste der Mitglieder, Aufnahme der stattgefundenen und geplanten Veranstaltungen des AKA, Auflistung der Inhaltsverzeichnisse des Newsletters - durchführen. In Anbetracht des kleinen Budgets ist der AKA momentan aber nicht in der Lage, die Finanzierung dieser Aufgabe auf Dauer zu gewährleisten. Zu der angespannten Finanzlage trägt leider die allzu lässig gehandhabte Zahlung der Beiträge nicht weniger Mitglieder bei, wie das aus dem Kassenbericht hervorgeht, der auf der letzten Sommertagung erläutert wurde (vgl. S. 7). Als Kassenwart bitte ich daher alle Mitglieder, selbst zu prüfen, ob sie in den letzten beiden Jahren ihre Beiträge überwiesen haben. Die säumigen Mitglieder werde ich in einem gesonderten Brief über ihre ausstehenden Beträge informieren. Im übrigen wurde auf der Sommertagung beschlossen, daß der Jahresbeitrag ab kommendem Jahr von 12,75 auf 15 Euro erhöht wird. Zur Erinnerung hier nochmals die Angaben der Bankverbindung des AKA: Dr. Frank Kornersmann, Sparkasse Bielefeld, Ktnr. 54550967, BLZ 48050161.

Um die Finanzierung der Ausgaben des AKA auf eine solide Grundlage zu stellen, hat sich der Vorstand dafür entschieden, etwa ein bis zwei Seiten in jedem Heft für eine Anzeige eines Verlages bereitzustellen. Für dieses Heft konnte der DLG-Verlag zur Schaltung einer ganzseitigen Anzeige gewonnen werden. Mit dem Verlag Lucius & Lucius wurde ebenfalls Kontakt aufgenommen. Anderweitige Vorschläge von seiten der Mitglieder für die Schaltung einer Anzeige anderer Verlage sind hoch willkommen.

Auf der nächsten Hauptversammlung sollte ernsthaft über die konkrete Gestaltung der Homepage des AKA diskutiert werden. Der Vorstand wird sich vorab darüber beraten und Vorschläge entwickeln, die dann auf der Hauptversammlung im kommenden Jahr (27.6.2003) erörtert werden sollten, um eine definitive Entscheidung herbeizuführen. Es ist u.a. zu klären, ob beispielsweise Rezensionen und Vorträge der Sommertagungen auch auf der Homepage untergebracht werden sollten.

Über die vorgerückten Planungen im Zusammenhang der Neugestaltung der ZAA informiert Werner Rösener, Stefan Brakensiek und Clemens Zimmermann die Mitgliederversammlung auf der letzten Sommertagung. In Verhandlungen mit den ehemaligen Herausgebern und den Verantwortlichen des DLG-Verlages wurde die Erweiterung des Herausgeber-

gremiums um zwei AgrarsoziologInnen beschlossen. Über die verantwortlichen Herausgeber der ersten Hefte wurde bereits im Editorial der Nr. 11 des Newsletters informiert. Über die Richtlinien für die Besprechungen gibt Werner Troßbach Auskunft, der den Besprechungsteil der neuen ZAA (vgl. Anzeige mit neuem Titelblatt der ZAA auf S. 22) redaktionell betreut.

Frank Konersmann

TAGUNGSBERICHTE

Sommertagung des Arbeitskreises

(am 21.6.2002 im Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen)

Frank Konersmann

Um 11⁰⁰ wurde die Sommertagung wie gewohnt durch den Vorsitzenden Werner Rösener eröffnet, der die 27 anwesenden Personen begrüßte. Nachdem die TeilnehmerInnen sich kurz einander vorgestellt hatten, hielt Aud Mikkelsen Tretvik (Trondheim) den ersten Vortrag zum Thema *Die Forschungsentwicklung der Agrargeschichte in Norwegen: Themen, Methoden und Begriffe sowie Institutionen, Projekte und VertreterInnen der Disziplin*. Ihr Vortrag unterschied sich leider nur marginal von ihrem Forschungsbericht, den sie bereits in Nr. 11 des Newsletters veröffentlicht hatte. Dieser Umstand dürfte aber die Bereitschaft zur Diskussion eher beflügelt haben, denn im Anschluß des Vortrages wurden die von Frau Tretvik angesprochenen Konstellationen in der norwegischen Agrarhistoriographie lebhaft erörtert. Am Nachmittag präsentierte Alfred Bauer (Simmern) erste Ergebnisse seiner von Professor Matheus in Mainz betreuten Dissertation unter dem Titel *Genese, Struktur, populistische Instrumentalisierung, konfessionelle Verdichtung: Der Hunsrücker Bauernverein 1892 bis 1914*. Der Vortrag litt etwas unter der sehr ungleichgewichtigen Präsentation von Informationen über die gebirgige Landschaft des Hunsrücks, die Agrarverfassung und Betriebsstruktur, die konfessionelle Verteilung der Bevölkerung, die Anfänge der Bildung landwirtschaftlicher Vereine und die aktive Rolle von Geistlichen hierbei. Der von Bauer behauptete Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit, Familien- und Betriebsgröße sowie landwirtschaftlicher Produktivität fehlte letztlich die nötige Evidenz. Zu einem späteren Zeitpunkt möchte Herr Bauer seine Forschungen über die Agrarlandschaft des Hunsrücks in einem Heft des Newsletters einem breiteren Publikum vorstellen.

Im Anschluß an das Gespräch zu diesem Vortrag fand gegen 16⁰⁰ die Mitgliederversammlung des AKA statt. Herr Rösener eröffnete die Sitzung und schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Bericht des Vorsitzenden
2. Bericht des Kassenführers
3. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstandes
4. Bericht über den Newsletter

5. Bericht über die Internet-Präsentation auf der Homepage des AKA
6. Neuwahl des Vorstandes
7. Planungen und Veranstaltungen

Top 1:

Herr Rösener berichtete von den Verhandlungen mit dem Vorstand der GfA, die auf die Absicherung der Neugestaltung der ZAA und Bestätigung des sich gebildeten Herausgebergremiums zielten. Die bisherigen Herausgeber hätten ihre Bereitschaft bekundet, die Herausgeberschaft in jüngere Hände zu übergeben. Auch der Verlagsleiter der DLG unterstütze die Reform der ZAA. Auf der nächsten Mitgliederversammlung der GfA solle ein Gremium gebildet werden, daß die Neugestaltung der ZAA formell einleiten und durchführen wird.

Weiterhin unterstütze die GfA die Ziele eines Projektes, das der Pflege des Agrarkulturerbes dienen wird.¹ Es sollen schriftliche und gegenständliche Quellen inventarisiert und dokumentiert werden, nicht zuletzt mit dem Ziel, die Agrargeschichte zu fördern. Das Projekt wird von der gegründeten Stiftung 'Agrarkulturerbe' getragen. Dem zu diesem Zweck gebildeten Gremium gehören die Herren Dornheim, Janetzke, Ottenjann und Schürmann an.

Top 2:

Der Kassenführer Frank Konersmann legte den Kassenbericht für den Zeitraum 18.6.2001-18.6.2002 vor.

A Einnahmen

Guthaben am 18.6.2001	2857,13 E
Mitgliedsbeiträge 2001/2002	905,48 E
Zinsen	<u>12,32 E</u>
Summe der Einnahmen	3774,93 E

B Ausgaben

Auslagen der Schriftleitung (Porto, Telefon, Büromaterial)	70,50 E
Produktionskosten Newsletter 10 und 11	496,40 E
Vertrieb	369,76 E
Internet-Installation der Homepage des AKA durch Bernd Hüttner (Honorar)	260,00 E
Druckkostenzuschuß für Sammelband Clemens Zimmermann 'Dorf und Stadt'	1656,48 E

¹ Vgl. Helmut Ottenjann, Erfassen, Erschließen und Erhalten der Agrarkulturen in deutschen Landen. Unsere Verantwortung gegenüber der Geschichte, in: ZAA 49 (2001), S. 1-12.

Kontoführung	<u>55,05 E</u>
Summe der Ausgaben	2908,19 E

C Guthaben

Am 18.6.2002	866,74 E
--------------	----------

D Außenstände

Es stehen noch Mitgliedsbeiträge von 17 Personen für 2001 und von 87 Personen für 2002 aus.	1126,25 E
---	-----------

Das bereits auf der letzten Sommertagung beklagte Mißverhältnis zwischen Zinseinnahmen und Kontoführungsgebühren sei zwar ein Ärgernis, aber wohl nicht zu beseitigen. Denn Herr Konersmann hatte sich bei der Sparkasse Bielefeld nach kostengünstigeren Konditionen erkundigt, die aber nur bei einer Einlage von mindestens 5.000 DM gewährt würden. Über ein solches Finanzvolumen verfügt der AKA aber nicht. Darüber hinaus erlaubt es das nunmehr erheblich verkleinerte Budget des AKA nicht, ein eignes Sparkonto einzurichten, denn dann stünde auf dem Girokonto ein zu kleiner Betrag für die Bestreitung von diversen Ausgaben zur Verfügung.

Top 3:

Die Kassenprüfer (Sigrid Schmitt und Heinrich Kaak) stellten eine ordnungsgemäße Kassenführung fest. Sie schlugen die Entlastung des Kassenführers vor, die auch einstimmig erteilt wurde.

Top 4:

Frank Konersmann berichtete von einem leichten Anstieg der Mitgliederzahlen des AKA, was nicht zuletzt auf die positive Resonanz der Homepage zurückzuführen sei, die in diesem Jahr im Internet von Herrn Bernd Hüttner installiert wurde. Auch hinsichtlich der Mitarbeit am Newsletter habe sich eine gewisse Kontinuität in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Mitgliedern herausgebildet. Gleichwohl bedürfe der Newsletter einer noch größeren Unterstützung durch die Mitglieder, indem sie Informationen über Tagungen, Ausstellungen, Bucherscheinerungen u.a.m. an die Schriftleitung weiterleiten, um den Informationswert und die Aktualität des Newsletters zu erhöhen.

Top 5:

Susanne Rappe berichtete über den Fortgang der Homepage-Pflege, die Herr Bernd Hüttner übernommen hat, da sie im Archivdienst zu stark in Anspruch genommen werde. Über die weitere Gestaltung der Homepage müßte auf einer der nächsten Mitgliederversammlung beraten werden. Frau Rappe regte an, jemanden mit der zukünftigen Pflege der Homepage auf Honorarbasis zu beauftragen.

Top 6:

Von Herrn Jürgen Schlumbohm wurde satzungsgemäß die Neuwahl des Vorstandes beantragt. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden Rösener zu, über die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes abzustimmen, da keine anderweitigen Vorschläge vorlägen. In geheimer Wahl wurde der alte Vorstand einstimmig für weitere zwei Jahre mit der Leitung des AKA beauftragt. - Weiterhin wurde die Erhöhung die Mitgliedsbeitrages von 12,75 auf 15 Euro ab dem kommenden Jahr beschlossen.

Top 7:

Hinsichtlich der Neugestaltung der ZAA teilte Stefan Brakensiek mit, daß Werner Troßbach nun die Koordination des Rezensionsteils übernommen hat. Pro Heft erscheinen etwa 40 Besprechungen, die jeweils nicht länger als zwei Seiten umfassen dürfen. Vorschläge für zu besprechende Bücher sollten Herrn Troßbach unterbreitet werden (Prof. Dr. Werner Troßbach, Universität Kassel, Fachbereich 11, Steinstraße 19, D-37213 Witzenhausen, trossb@wiz.uni-kassel.de).

Für die inhaltliche Gestaltung der nächsten Sommertagung schlug Reiner Prass das Thema *Gemeinheitsteilungen außerhalb Europas* vor. Er habe bereits Kontakt zu mehreren Kollegen im Ausland aufgenommen. Der Vorschlag fand einhellige Zustimmung bei den Mitgliedern, wobei auch ein Beitrag über Spanien von Frau Gloria Sanz Lafuente unter vergleichender Perspektive in die Tagung einbezogen werden sollte, da sie sich für ein Jahr als Stipendiatin am Historischen Seminar in Heidelberg aufhält.

Herr Rösener gab den nächsten Termin der Sommertagung des AKA bekannt, der auf den 27.6.2003 fällt. Die Tagung wird wieder in den Räumlichkeiten des Max-Planck-Instituts in Göttingen stattfinden. Gegen 18⁰⁰ wurde die Mitgliederversammlung geschlossen.

Allmenden und Markgenossenschaften vom Mittelalter bis zur Neuzeit

Kolloquium im Museumsdorf Cloppenburg vom 18.-20.9.2002

von Niels Grüne

Unter der Leitung von Uwe Meiners (Direktor des Museumsdorfes Cloppenburg) und Werner Rösener (Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte der Universität Gießen) trafen sich vom 18. bis 20. September ca. 30 WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachrichtungen in den Räumen des Museumsdorfes Cloppenburg, um mit dem Thema *Allmenden und Markgenossenschaften* aus wechselnder Sicht eine Kerninstitution der vor- und frühmodernen Agrarverfassung und -ökonomie zu beleuchten. Wie Rösener einfürend betonte, hatten sich die Veranstalter zum Ziel gesetzt, im Anschluß an die internationale Renaissance der Allmendenforschung seit den späten 1980er Jahren,¹ zu der auch der Arbeitskreis für Agrargeschichte vor einiger Zeit eine Sommertagung abhielt,² die Bedeutung kollektiver Besitz- und Nutzungsarten in der ländlichen Gesellschaft des deutschsprachigen Mitteleuropas im regionalen und zeitlichen Vergleich exemplarisch zu resümieren. Demnach waren die zwölf Vorträge des Symposiums in der Summe darauf angelegt, anhand geographisch breit gestreuter Fallstudien und unter variierenden Problemstellungen die Ursprünge, Funktionsweisen, Begleiterscheinungen und Erosion dieses zentralen agrargeschichtlichen Strukturmerkmals interdisziplinär in den Blick zu nehmen.

In seinem Referat zur *Entstehung der Markgenossenschaften des Mittelalters in Theorie und Praxis* zeichnete Werner Rösener (Gießen) im Lichte des Aufstiegs und Niedergangs der klassischen Markgenossenschaftslehre den wissenschaftlichen Meinungswandel über Alter und Herkunft dieser Einrichtung nach. Während man unter romantischen Auspizien und auf schmaler Quellengrundlage anfangs von ihrer Verwurzelung in einer urgermanischen Gemeinfreiheit überzeugt war, haben genauere rechts- und wirtschaftshistorische Untersuchungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend Indizien für eine Datierung auf das Hoch- und Spätmittelalter gesammelt. Erst Bevölkerungswachstum, Siedlungsverdichtung, Verdorfung und steigender Regulierungsbedarf der lokalen Ressourcenausbeute schufen eine

¹ Vgl. als Synopse des neuesten Informationsstandes im nord- und mitteleuropäischen Vergleich nur den jüngst erschienenen Sammelband von Martina DeMoor/Paul S. Warde/Leigh Shaw-Taylor (Hgg.), *The management of common land in North West Europe, ca. 1500-1850*, Turnhout 2002.

² Die Beiträge der am 18. Juni 1999 vom Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen beherbergten AKA-Tagung sind veröffentlicht in Stefan Brakensiek (Hg.), *Gemeinheitsteilungen in Europa. Die Privatisierung der kollektiven Nutzung des Bodens im 18. und 19. Jahrhundert*, Berlin 2000 (=Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2000/2, S. 9-110).

Situation, in der vielerorts und oft im Konflikt mit feudalen Anspruchskonkurrenten eine festere, je spezifisch aus Herrschafts- und Selbstverwaltungselementen gemischte Organisationsform namentlich für die extensiven Kulturlflächen (Wälder, Weiden) verankert wurde - ein Prozeß, den Rösener dann an vier Beispielen (Vierdörferwald im Breisgau, Hohe Mark im Hochtaunus, Haingerichte des Rheingaus und westfälische Marken) näher illustrierte.

Zwei der folgenden Vorträge widmeten sich dem spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Westfalen. Leopold Schütte (Münster) behandelte *Markenrecht und Markengerichtsbarkeit im nordwestdeutschen Raum* vor den territorialen Kodifikationen des 18. Jahrhunderts. Für das Münsterland zeigte er, wie sich im Kompetenzgewinn des obrigkeitlichen Gerichtsvorsitzenden von der Exekution zur Urteilsfindung und umgekehrt im Machtverlust des bäuerlichen ‚Umstands des Gerichts‘ eine Intensivierung des (grund-)herrschaftlichen Einflusses manifestierte. Zudem wurde vielfach deutlich, daß die örtlichen Organe unter den älteren partikularrechtlichen Bedingungen typischerweise dann, z. B. durch ‚Markenverkörungen‘ (Nutzungspläne), normierend eingriffen, wenn ein demographischer Aufschwung die lokalen Gemeinheiten zu überbürden drohte. Nirgendwo im Beobachtungsgebiet jedoch dehnte sich die Autorität der Markengerichte in einem Grade über die engeren wirtschaftsgenossenschaftlichen Befugnisse aus, um als Keimzelle genuin politischer Partizipation dienen zu können.

Die Streiflichter, die Werner Frese (Münster) zu den *Marken in Nordwestdeutschland auf Fallbeispiele aus dem westfälischen Raum* warf, unterstrichen - hier für das westliche Münsterland - in mancher Beziehung diese Eindrücke, indem er zuvorderst das soziale Konfliktpotential der Markenökonomie auslotete. In den betreffenden Ordnungen des 16. und vermehrt des 17. Jahrhunderts häuften sich restriktive Bestimmungen wie etwa Einschlagskontingente in Wäldern, Staffelungen der Masttriebs nach Eigenfütterungskapazitäten und Einschränkungen für minderberechtigte Gruppen (u. a. Kötter), die allesamt eine nachhaltige, aber eben dadurch auch gesellschaftlich desintegrierende Ausschöpfung der Marken zum Zweck hatten und im Extrem bis zu deren befristeter Schließung reichten. In diesem Kontext kam den Markengerichten eine entscheidende Steuerungs- und Aufsichtsfunktion zu.

Unter dem Titel *Siedlungshistorische Aspekte der Allmenden und Markgenossenschaften in Spätmittelalter und Früher Neuzeit* galten die Betrachtungen Klaus Lorenzen-Schmidts (Hamburg) der Ausprägung kollektiver Wirtschaftsformen in den Hauptnaturräumen Nordelbiens (Herzogtümer Schleswig und Holstein). In den vorwiegenden Streusiedlungen der Marschen nahm die genossenschaftliche Organisation von Deichbau und -wartung sowie der Entwässerung einen bedeutenden Platz ein. Daneben gab es zwar umfängliche Gemein-

heiten, die indes bis Ende des 18. Jahrhunderts, u. a. durch Rodungen, zusehends dem individuellen Ackerbau wichen. Der bäuerlichen Statusdifferenzierung (Voll-, Halbhufner etc.) korrespondierte ein abgestufter Allmendezugang, wobei die vorzüglich im 15. und 16. Jahrhundert anschwellende Nachsiedlerschicht der Kätner zunächst meist minderberechtigt war, später z. T. jedoch auf landesherrlichen Druck als Viertel- und Achtelhufner in das Hofsystem eingegliedert wurde. Im Altsiedelbereich der Geest und des östlichen Hügellands bildete sich andererseits früh das charakteristische Zonenschema des Haufendorfes mit Ortskern, Ackerflur und Allmende (v. a. Heide) aus. Probleme bereitete hier besonders die fortschreitende Hufnersplitterung im Zuge des Bevölkerungswachstums, die durch guts- und landesherrliche Verbote oft nur unzureichend eingedämmt werden konnte.

Einen geographischen Schwerpunkt in Südwestdeutschland hatten drei RednerInnen gewählt. Sigrid Schmitt (Mainz) lenkte in ihren Beobachtungen zu *Haingericht, Markgenossenschaft und Allmendenutzung im Mittelrheingebiet* das Augenmerk vorrangig auf das Kräftedreieck zwischen Gemeinde, Landesherr und dem Niederadel, der besonders im Rheingau über zahlreiche Sonderrechte auf den Dorf- und mehrgemeindlichen Großallmenden (Markgenossenschaften i. e. S.) verfügte. Mit dem allmählichen Rückzug des Niederadels aus den Haingerichten als Regulierungsgremien der Gemeinheitsverwaltung und der Etablierung einer oberhoheitlichen Position des Landesherrn („Allmendregal“), z. B. des Erzbischofs von Mainz und des pfälzischen Kurfürsten, vollzog sich besonders im 15. und 16. Jahrhundert ein Verobrigkeitlichungsschub, der bisher als patrimoniale Aneignung kommunaler Reservate im Verlauf der frühneuzeitlichen Staatsbildung interpretiert wurde. Anhand einiger detaillierter Konfliktanalysen deckte Schmitt indes auf, daß der unleugbare Einbruch des Fürstentums in gemeindliche Autonomiesphären auf diesem Feld nicht selten mit der Abwehr anderweitiger grundherrschaftlicher Ansprüche einherging. Die partielle Entmündigung örtlicher Instanzen und die neue Balance aus bürokratischen und genossenschaftlichen Strukturen bescherte der lokalen Einwohnerschaft mithin zugleich ein willkommenes Plus an Besitzstandssicherheit.

Gunther Mahlerwein (Mainz) konzentrierte sich in seinen Überlegungen zur *Ländlichen Ökonomie und kollektiven Nutzung in der Frühen Neuzeit* auf wirtschaftliche und soziale Aspekte, die er in erster Linie an rheinhessischen Dörfern aufwies. Von den permanenten Gemeinheiten (Weiden, Wälder, parzellierte Äcker) grenzte er die saisonal-temporären Servitute (kollektive Ansprüche auf privat genutzte Flächen, z. B. Stoppelweiden) ab. Zwar trat hier in der Untersuchungsregion gleichermaßen ein besitzdifferenziertes Chancengefälle zutage, das sich etwa in Viehausschlagsordnungen dokumentierte. Prinzipiell aber waren alle

Ortsbürger und damit für gewöhnlich das Gros der Haushaltsvorstände Nutzungsberechtigt. Folglich trug die agrarische Individualisierung, die seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mit auf der Separation von Allmenden beruhte, auch nicht jene prononciert vollbäuerlichen Züge, wie sie das norddeutsche Pendant kennzeichneten. Vielmehr waren es oftmals landarme Dorfgruppen, die gegen den Widerstand ihrer wohlhabenderen Nachbarn eine Aufteilung verlangten und somit eine gesellschaftliche Interessendivergenz artikulierten, die im 19. Jahrhundert von fortschrittsstolzen Großbauern rückblickend gerne eskamotiert wurde.

Als Exempel eines Waldgedings im württembergischen Mittelgebirge skizzierte Sönke Lorenz (Tübingen) zum Thema *Allmenden und Markgenossenschaften im südwestdeutschen Raum* die Genese und Entwicklung der erst 1834 aufgelösten, im nördlichen Schwarzwald östlich von Freudenstatt gelegenen Mark Dornstetten. Lorenz verfolgte die Forstgerichtsbarkeit des Waldgedings mit den ihr unterworfenen angrenzenden Dorfsiedlungen in die fränkische Ausbauphase des 8. und 9. Jahrhunderts zurück und identifizierte sie somit als ursprünglich karolingischen Königsforst. Obwohl das zweimal jährlich tagende Waldgeding der 1320 als Lehen an den Herzog von Württemberg gefallenen Mark unter der Leitung des Amtmanns von Dornstetten obrigkeitlich dominiert war und die genußbefugten Untertanen durch herrschaftliche Interventionen mehrfach den Verlust bestimmter Nutzungen erdulden mußten, verblieben ihnen mit Jagd und Holzschlag auch zu Verkaufszwecken lange erstaunlich stattliche Bezugsrechte.

Vier weitere Referate waren, wenngleich vor regionalen Hintergründen, eher an übergreifenden Fragestellungen orientiert. In zwei Fällen betraf dies die ökologische Dimension der Markenwirtschaft. Rita Gudermann (Berlin) befaßte sich am Beispiel der Heidelandschaften des Ostmünsterlandes und des Havellandes mit *Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld der alten Markgenossenschaften*. Anknüpfend an das Konzept der ‚naturalen Ökonomie‘ von Reiner Beck und dessen Akzentuierung scheinbar marginaler Nutzungsweisen schilderte sie, welche breiten Raum die traditionelle extensive Agrarwirtschaft mit Weide-, Öd- und Unland einer vielfältigen und vor allem diätisch wie kommerziell brauchbaren Flora (Wildgemüse, psychoaktive Substanzen (z. B. Tollkirsche), Tees, Weiden zur Korbherstellung usw.) bot, deren Einzelerträge sich zu einem „nicht unwesentlichen Bestandteil der ländlichen Ökonomie“ addierten. Die Intensivierung des Landbaus mit dem Schrumpfen derartiger Habitate verursachte somit auch eine Einbuße an Biodiversität, die die Ernährungs- und Erwerbsmöglichkeiten der Unterschichten mehr als nur peripher tangierte.

Das Bild, das der Geobotaniker Ansgar Hoppe (Hannover) von *Waldzustand und Waldnutzung im Bereich der Allmenden und Marken* zeichnete, eröffnete eine für die meisten Anwesenden ungewohnte und gerade deshalb äußerst instruktive vegetationsgeschichtliche Sicht des Themas. So beschrieb er unter anderem, wie sich mithilfe der Pollenanalyse (Palynologie) agrarisch wirksame naturhistorische Veränderungen rekonstruieren lassen, so etwa daß die Buche erst im Hochmittelalter als relativ junge Pflanze in Sekundärsukzession in bereits aufgelichteten Wäldern auftrat, um dann später zugunsten der mastergiebigeren Eiche wieder zurückgedrängt zu werden. Besonders am Beispiel des Hudewaldes gelang es Hoppe ferner, die optische Erscheinung heute verschwundener Waldtypen zu visualisieren und daran wirtschaftsrelevante ökologische Faktoren, wie die natürliche oder künstliche Regeneration durch Jungbaumwuchs im Schutz bewehrter Sträucher, vor Augen zu führen. Insgesamt bot sich so ein erhellender Seitenblick auf das Problemfeld, der z. B. für das Verständnis mancher sonst kaum erklärlichen Einzelschrift in Waldnutzungsordnungen gewisse Aufschlüsse verspricht.

Uwe Meiners (Cloppenburg) kam es in seinem Vortrag *„Und wenn wir auch in Heiden und Brüchen sind ...“: Subjektive Erfahrungen im Umfeld der Allmenden* vornehmlich darauf an, neuere volkskundliche Ansätze anhand von Markenausinandersetzungen im Gebiet zwischen Weser und Ems zu erläutern. So empfehle sich eine subjektivierende mikrohistorische Herangehensweise zwar von museumspädagogischer Warte, weil sie etwa auf einem allein mittels materieller Exponate schwierig anzunähernden Handlungsfeld wie der Bewirtschaftung von Hudewäldern die angestrebte Veranschaulichung früherer Lebenswirklichkeit erleichtere. Zugleich müsse man sich aber hüten, dadurch jenes zeitlose Idyll zu restaurieren, das die romantische Volkskunde und frühe Ethnographie von der ländlichen Alltagskultur zu entwerfen neigte. An einem Markenstreit, der sich 1768 in der Heide zwischen Amelhausen und Dolingen zutrug, demonstrierte Meiners jedoch, daß gerade die Verbindung einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive mit der ubiquitären Konfliktdimension der Markenökonomie sowohl den notorischen Oppositionsgeist als auch die oft überraschende Anpassungsfähigkeit bäuerlicher Gruppen einzufangen vermag und somit statischen wie dynamischen Tendenzen gleichermaßen gerecht wird.

Frank Konersmanns (Bielefeld) Problemaufriß zu *Genossenschaftliche Markennutzung versus Agrarindividualismus? Positionen und Argumentationen in der deutschen Aufklärung (1750-1810)* war als ein erster Anlauf konzipiert, das dringende Desiderat einer Diskursgeschichte der Agrarreformen in Angriff zu nehmen. Auf der Basis zeitgenössischer agrarrefor-

merischer und staatsökonomischer Traktate und Lexikonartikel (u. a. von Justi, Jung-Stilling, Medicus, Thaer, Krünitz, Schlettwein) präparierte er heraus, wie einzelne Verfasser im Umkreis kameralistischer, physiokratischer und frühliberaler Ideen sowie auf der Erfahrungsgrundlage territorialer Krisenkonstellationen die Vorzüge und Risiken von Gemeinheitsteilungen einschätzten. Als bemerkenswertesten Befund hob er hervor, daß die ökonomische Aufklärung in all ihren Spielarten zwar prinzipiell einer Abschaffung genossenschaftlicher Wirtschaftsformen das Wort redete, im selben Atemzug oft aber zahlreiche Einwände gegen ihre praktische Realisierbarkeit auflistete. So fanden etwa die zu befürchtenden sozialen Kosten und die notwendigen begleitenden Investitionen und Betriebsumstellungen (z. B. ganzjährige Stallfütterung) in einem Maße relativierend Berücksichtigung, daß meist vor übereilten Schritten gewarnt oder eine Zwischenlösung angeraten wurde und man kaum von einem generellen individualistischen Dogmatismus dieser Lehrströmungen sprechen kann. Im Gegenteil enthüllte sich häufig eine Bereitschaft zur abwägenden Differenzierung, die auf die disparaten Reformerfordernisse in den verschiedenen Gebieten des Alten Reiches verweist und eine genauere Beachtung der jeweiligen regionalen Argumentationsfolie und des denkstilprägenden Engagements einiger Autoren in fürstlichen Behördenapparaten unverzichtbar macht.

Der abschließende Überblick von Stefan Brakensiek (Bielefeld) über *Die Auflösung der Marken im 18. und 19. Jahrhundert: Probleme und Ergebnisse der neueren Forschung* folgte dezidiert einem räumlich vergleichenden Zugang und hätte deshalb in mancher Hinsicht besser den vorinformierenden Auftakt des Kolloquiums gebildet. Brakensiek erwähnte, daß partielle Privatisierungen vielerorts jahrhundertlang an der Tagesordnung gewesen waren und mit wenigen Ausnahmen (z. B. Allgäuer Vereinödungen, Nordschweizer Einschlagsbewegung) keine systemsprengende Wirkung entfaltet hatten. Spätestens mit der nach dem Siebenjährigen Krieg auf breiter Front einsetzenden Teilungspolitik aber kamen weitflächige Divergenzen zum Vorschein, die durch eine Abgrenzung von drei Großregionen grob kategorisiert werden können. Im Nordosten trat die Vorreiterrolle Preußens hervor, wobei die Mehrzahl der Separationen allerdings nicht vor der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzogen wurde und eng mit der Regulierung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses verbunden war. Im Nordwesten, wo die Marken oft erhebliche Flächen umfaßten, gestalteten sich die Reformen aufgrund der auch kommunalrechtlich flankierten Staffelung der Nutzungsbefugnisse im wesentlichen zu einem Konsolidierungserfolg des Vollbauerntums. Die Unterschichten hingegen, deren Zugriff häufig nur gewohnheitlich begründet und nicht durch Rechtstitel geschützt war, gingen weithin leer aus und sahen sich vom Abstieg zu einem echten ländlichen

Proletariat bedroht. Im Südwesten hinwiederum führte die deutlich schwächere soziale und rechtliche Differenzierung in der Regel dazu, daß prinzipiell jeder Ortsbürger bei einer Privatisierung oder Individualisierung der Allmende Besitzansprüche hatte, so daß gerade die landhungrigen und auf Viehweiden weniger angewiesenen ärmeren Dorfbewohner eine Parzellierung befürworteten. Für die künftige Forschung wünschte Brakensiek am Ende, mithilfe weiterer akteurszentrierter Detailstudien die Belastungen und Chancen, die unterschiedlichen Sozialgruppen bzw. Betriebsinhabern aus Teilungen erwachsen, präziser zu bestimmen, gegenüber dieser Mikroebene aber auch die wechselnden volkswirtschaftlichen Rahmendaten und Auswirkungen nicht außer acht zu lassen.

Gerade angesichts der durch die methodisch zweifellos gebotene Regionalisierung und Lokalisierung des Betrachtungsansatzes hervorgerufenen geographischen Zerklüftung neuerer Arbeiten zu Allmenden und Markgenossenschaften war es äußerst hilfreich, daß das Cloppenburg-Kolloquium den anwesenden SpezialistInnen für so unterschiedliche Landschaften, Epochen und Problemlagen einen regen Austausch ermöglichte, der so manchen verblüffenden Einblick in die enorme Heterogenität des Untersuchungsfeldes gewährte. Zu der ebenso inspirierenden wie entspannten Atmosphäre, in der die Diskussionen stattfanden, trug dabei nicht zuletzt die hervorragende Organisation der Veranstaltung einschließlich ihrer gastronomischen Unterfütterung bei. Wenn der Dialog mit einer Veröffentlichung der Texte in einer der Schriftenreihen des Niedersächsischen Freilichtmuseums demnächst ein breiteres Publikum anspricht und den jüngeren Aufschwung der Gemeinheitsforschung stimuliert, ist dies daher nur zu begrüßen. Kritisch anzumerken bleibt derweil, daß die komparativen Einsichten, die sich der geballten Expertise verdanken, mit einer konsequenteren Verpflichtung der ReferentInnen auf verbindende Fragestellungen und Erkenntnisinteressen durchaus noch hätten geschärft werden können. Zu hoffen ist deshalb, daß die Herausgeber des entstehenden Sammelbands mit einer typologisch-systematisierenden Einleitung dem Leser klare Schneisen für eine vergleichende Lektüre schlagen. Indem man hierbei auch die nationalhistorischen Grenzen des Tagungsprogramms, die etwa für Südwestdeutschland die naheliegende Einbeziehung strukturverwandter Nachbargebiete wie des Elsaß und der Schweiz erschwerten, wenigstens skizzenhaft überschreiten könnte, wäre damit einem weiteren Schwachpunkt teilweise abzuhelfen. All diese Monita sollen jedoch nicht das Verdienst schmälern, daß die Resultate der Konferenz fortan für jeden Versuch einer Synthese des Gegenstandsbereiches wertvolle Bausteine zur Verfügung stellen.

Agrargeschichte wohin?*

Reflexionen zur Tagung „Landwirtschaft und Gesellschaft von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ (11.-12.10.2002, Feldbrunnen bei Solothurn / CH)

Ernst Langthaler und Josef Redl

Parallel zur öffentlichen, durch BSE-Rindfleisch, Schweinemastskandal und Dioxin-Hühner angeheizten Debatte um eine „Agrarwende“¹ – und wohl auch damit im Zusammenhang – gewinnen im deutschsprachigen Raum auch in den Geschichtswissenschaften agrarische Fragen an Gewicht. „Die Agrargeschichte befindet sich zweifellos wieder im Aufstieg“² lautete Mitte der neunziger Jahre die Einschätzung eines ihrer Protagonisten. Anzeichen für eine solche agrarhistorische Konjunktur sind die in den letzten Jahren gegründeten Vereinigungen von ForscherInnen. Im Jahr 1994 bildete sich in Deutschland der *Arbeitskreis für Agrargeschichte* (AKA), in dessen Umkreis bereits eine Einführung, mehrere Tagungsbände und der *AKA-Newsletter* erschienen sind;³ zudem beteiligen sich Mitglieder des AKA an der inhaltlichen und formalen Erneuerung der *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, dem wichtigsten agrarhistorischen Periodikum im deutschsprachigen Raum. Der im Jahr 1997 ins Leben gerufene *Verein für österreichische Agrargeschichte* initiierte eine umfassende *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*.⁴ Diese österrei-

* Dieser Tagungsbericht erschien erstmals am 6. November 2002 in H-SOZ-U-KULT.

¹ Aus der Fülle an fach- und populärwissenschaftlicher Literatur zur „Agrarwende“, vgl. Ulrich Kluge, *Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn*, Berlin 2001; Götz Schmidt u. Ulrich Jasper, *Agrarwende oder die Zukunft unserer Ernährung*, München 2001; Franz Alt, *Agrarwende jetzt. Gesunde Lebensmittel für alle*, München 2001; Agrarbündnis, Hg., *Landwirtschaft 2002. Der kritische Agrarbericht*. Mit Texten zur Agrarwende, Kassel, Rheda-Wiedenbrück u. Hamm 2001.

² Werner Rösener, *Einführung in die Agrargeschichte*, Darmstadt 1997, VII.

³ Vgl. Rösener, *Agrargeschichte*, wie Anm. 2; Werner Troßbach/Clemens Zimmermann (Hg.), *Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven*, Stuttgart 1998; Werner Rösener (Hg.), *Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Moderne*, Göttingen 2000; Stefan Brakensiek (Hg.), *Gemeinschaftsteilungen in Europa. Die Privatisierung der kollektiven Nutzung des Bodens im 18. und 19. Jahrhundert* (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2000/2), Berlin 2000; Clemens Zimmermann (Hg.), *Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 2001. Siehe auch den aus einer Tagung des *Arbeitskreises für die Geschichte des Landes Niedersachsen* entstandenen Sammelband von Daniela Mündel (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*, Göttingen 2000, und den aus einer Tagung des *Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte* hervorgegangenen Sammelband von Karl Ditt/Rita Gudermann/Norwich Rübe (Hg.), *Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn u.a. 2001. Auf die Fülle neuerer agrarhistorischer Monografien und Aufsätze kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Der AKA betreibt auch eine Homepage (www.agrargeschichte.de), die Literaturhinweise, Veranstaltungsberichte und weiterführende Links enthält.

⁴ Vgl. Ernst Bruckmüller u.a., *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: *Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Wien 2002; ders., Ernst Hanisch/Roman Sandgruber (Hg.), *Geschichte der*

chischen Aktivitäten fanden eine Fortsetzung im 2002 gegründeten *Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes*, das sich der agrarhistorischen Dokumentation, Forschung und Vernetzung widmet. In der Schweiz wurde zur Sicherung, Erschließung und Auswertung agrarhistorischen Quellenmaterials das *Archiv für Agrargeschichte* an der Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen eingerichtet. Zudem konstituierte sich im Jahr 2001 der *Arbeitskreis Agrar- und Umweltgeschichte*,⁵ dessen von 11. bis 12. Oktober 2002 in Feldbrunnen bei Solothurn stattgefundene Tagung „Landwirtschaft und Gesellschaft von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ den Anlaß für diese Reflexionen geboten hat. An den Vorträgen und Diskussionen dieser Tagung versuchen wir, gegenwärtige Tendenzen der Agrargeschichtsforschung im deutschsprachigen Raum zu erkennen; denn der vielfach konstatierte „Aufstieg“ der Agrargeschichte wirft die Frage nach dem Wohin auf.

Erstens: Die agrarhistorische Forschung ist durch die Spannung zwischen ‚materialistischen‘ und ‚idealistischen‘ Ansätzen gekennzeichnet. Vor allem VertreterInnen der Umweltgeschichte richten ihr Augenmerk auf Stoff- und Energieflüsse in agrarischen Systemen. Nach Christian Pfister (Bern) sei das *ancien régime écologique* erst Mitte des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem „1950er Syndrom“ zu Ende gegangen: Die „erste“ und die „zweite Agrarrevolution“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts basierten auf endogenen Inputs wie neuen Kulturpflanzen, Fruchtwechselwirtschaft oder vermehrtem Düngereinsatz durch Stallfütterung (*traditional intensive agriculture* als weitgehend geschlossenes System) und auf beschränkten exogenen Inputs wie gezogener und dampfbetriebener Maschinen (*mechanized agriculture* als halboffenes System). Dagegen bildete der umfassende Einsatz exogener Inputs wie Saatgut, Chemikalien und Treibstoffen die Basis für die „dritte Agrarrevolution“ des späten 20. Jahrhunderts (*high input agriculture* als weitgehend offenes System). In ähnlicher Weise, jedoch das Konzept der „Kreislaufwirtschaft“ relativierend, markiert Verena Winiwarter (Wien) den Übergang vom Primat der Solarenergie zum Primat der fossilen Energieträger als die entscheidende Zäsur der „Agrarmodernisierung“. Die Wechselwirkungen von Stoff- und Energieflüssen mit Zeichenflüssen oder, allgemeiner, des ‚Materiellen‘ mit dem ‚Ideellen‘, treten demgegenüber in den Hintergrund. Als einer von wenigen Teilnehme-

österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2: *Regionen, Betriebe, Menschen*, Wien 2003 [im Druck].

⁵ An neueren agrarhistorischen Veröffentlichungen von Mitgliedern dieses Arbeitskreises vgl. Christian Pfister, *Im Strom der Modernisierung. Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt im Kanton Bern 1700-1914*, Bern 1995; Jon Mathieu, *Geschichte der Alpen 1500-1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft*, Wien, Köln/Weimar 1998; Werner Baumann/Peter Moser, *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918-1968*, Zürich 1999; Josef Mooser, *Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung“ und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert*, in: Münkel, *Der lange Abschied* (wie Anm. 3), 23-35.

rInnen betont Hansjörg Siegenthaler (Zürich) mit eingängigen Beispielen – etwa den Bäuerinnen, die mit dem Mercedes zum Trachtenkurs anreisen – die identitätsstiftende Funktion ‚erfundener Traditionen‘ in Zeiten beschleunigten Wandels.

Zweitens: Der agrarhistorische Fokus erweitert sich von der landwirtschaftlichen Produktion in Richtung der Konsumtion von Nahrungsmitteln. Josef Mooser (Basel), der für die Einbettung der Agrargeschichte in die Geschichte der Gesellschaft plädiert, betrachtet die bäuerlichen BetriebsbesitzerInnen im 20. Jahrhundert als „Rohstoffproduzenten in einem agrarisch-industriellen System der Ernährungswirtschaft“. In ähnlicher Weise sieht Christian Pfister das ‚kurze 20. Jahrhundert‘ vom Beginn des Zeitalters der Weltkriege bis zum Ende des Zeitalters des Kalten Krieges durch das agrarpolitische Leitbild der „Ernährungssicherheit des Volkes“ gekennzeichnet. Eng damit verknüpft war, wie Niek Koning (Wageningen) ausführt, die „subventionierte Überproduktion“ im Rahmen des fordistischen Interessenarrangements von ProduzentInnen und KonsumentInnen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hinter der proklamierten „Einkommensparität“ stand ein „Tauschhandel“ (Hansjörg Siegenthaler) von protektionistischer Existenzsicherung gegenüber der Bauernschaft und politischer Loyalität gegenüber den bürgerlichen Eliten. Doch selbst Bauernführer wie Ernst Laur kalkulierten gemäß der Devise ‚Wachsen oder Weichen‘ – und mitbedingt durch den Übergang von der Besitz- zur Eigentumslogik (Rolf Steppacher, Binningen) – einen „Strukturwandel“ ein; dieser wird gegenwärtig in der Schweiz, wie Roger Schwarzenbach (Zollikofen) ausführt, auf einen jährlichen Rückgang der Zahl der Betriebe von mindestens drei Prozent beziffert. Der Übergang vom ökonomischen zum ökologischen Paradigma seit den achtziger Jahren, der den Einkommenschwerpunkt von den subventionierten Hochpreisen für Agrargüter zu öffentlichen Zahlungen für bäuerliche „Landschaftspflege“ verlagerte, folgte dem Postulat der „Globalisierungscompatibilität“ (Hansjörg Siegenthaler) der schweizerischen Landwirtschaft.

Drittens: Neuere agrarhistorische Forschungen bewegen sich vielfach auf einer mittleren Ebene zwischen Mikro- und Makrogeschichte. Das zeigen etwa die Beiträge jüngerer ForscherInnen aus der Schweiz über die Entstehung der Lebensmittelindustrie und die Mediatisierung der Nahrung seit dem späten 19. Jahrhundert (Roman Rossfeld, Zürich), die Kartellbildungen in der Käsewirtschaft während des Ersten Weltkrieges (Beat Brodbeck, Bern), die agrarpolitischen Auseinandersetzungen um die Industrialisierung des Familienbetriebes in den fünfziger und sechziger Jahren (Andreas Lüthi, Bern) und die Entwicklung der Landwirtschaft im Kanton Fribourg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Anne Philipona Romanens, Marsens). Daß damit das Problem der *agency*, der Vermittlung von Strukturen und Praktiken,

noch nicht gelöst ist, wird in der Diskussion etwa am Verhältnis von agrarischem Experten- und bäuerlichem Erfahrungswissen deutlich. Auf einer solchen Mesoebene wäre auch die noch über weite Strecken ungeschriebene Geschichte der Agrarwissenschaften angesiedelt, für die Josef Mooser und Verena Winiwarter plädieren. Solche wissenschaftshistorisch-reflexiven Betrachtungen müßten auch die Geschichte der Agrarhistoriographie – und damit auch die Verstrickung von VertreterInnen dieses Faches in diktatorische Herrschaftssysteme faschistischer und kommunistischer Prägung – zur Sprache bringen. Denn die laut Peter Moser (Zollikofen) noch in vielerlei Hinsicht unbeantwortete Frage nach dem Wohin der Agrargeschichte wirft, so meinen wir, auch jene nach dem Woher auf.⁶

Dr. Ernst Langthaler, Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes, Franz Schubert-Platz 4, A-3109 St. Pölten, ernst.langthaler@noel.gv.at

Mag. Josef Redl, Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes, Franz Schubert-Platz 4, A-3109 St. Pölten, josef.redl@noel.gv.at

TAGUNGSANKÜNDIGUNGEN

Geld, Kredit und Markt in vorindustriellen Gesellschaften

3. Tagung des Irseer Arbeitskreis für vorindustrielle Wirtschafts- und Sozialgeschichte
(21. bis 23.3.2003)

Märkte gelten als wesentliches Kennzeichen moderner Wirtschaft. In vormodernen Ökonomien sollen hingegen Selbstversorgung und einfache Tauschbeziehungen dominiert haben. Diesem Bild entsprechend spielten in der Wirtschaftsgeschichte der 1970/80er Jahre subsistenzökonomische Konzepte von einer „moralischen Ökonomie“ der unteren Schichten eine zentrale Rolle.

Spätestens seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme hat es den Anschein, als würde auch in der Wirtschaftsgeschichte „der Markt“ seinen Siegeszug vollenden: In vormodernen Gesellschaften wird die Allgegenwärtigkeit von gewinnorientierten Austauschbeziehungen aufgedeckt, die „Kultur des Marktes“ lebhaft diskutiert. Nicht nur Kauf-

⁶ Als einen der ersten Versuche vgl. Peter Blickle, Deutsche Agrargeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Trobbach/Zimmermann (Hg.), Agrargeschichte (wie Anm. 3), 7-32.

leute, sondern auch bäuerliche und kleingewerbliche Schichten waren offenbar stärker in Kreditnetze und Marktbeziehungen eingebunden, als bisher angenommen.

Neuere Forschungen zeigen, daß die Teilnahme am Marktgeschehen soziale Beziehungen und alltägliches Handeln prägte: Persönliches Vertrauen und Reputation waren entscheidende Grundlagen für die weit verbreiteten Kreditgeschäfte. Zahlungsunfähigkeit kam dem „sozialen Tod“ des Bankrotteurs gleich. Die von C. Muldrew postulierte „economy of obligation“ weist somit Affinitäten zu E. P. Thompsons „moral economy“ auf. Allerdings gelten Marktbeziehungen, Tausch, regulierte Distribution und der Einsatz von Kapitalien nicht mehr als Gegensätze, sondern als sich wechselseitig ergänzende Phänomene.

Anknüpfend an diese Debatten untersucht der Irseer Arbeitskreis den Themenkomplex „Geld, Kredit und Markt in vorindustriellen Gesellschaften“ anhand aktueller Forschungsprojekte.

PROGRAMM

Freitag, 21. März 2000

16:00 – 16:30 Uhr

Rainer Jehl: Eröffnung und Begrüßung des Arbeitskreises durch den Akademiedirektor

16:30 – 17:30 Uhr

Mark Häberlein: Einführung in das Tagungsthema

17:30 – 18:30 Uhr

Reinhard Johler: Kredit als Kultur. Ein Beitrag zur „economic anthropology“

18:30 Uhr Abendessen / anschl. gemütliches Beisammensein im Stiftskeller Kloster Irsee

Samstag, 22. März 2003

9:00 – 10:00 Uhr

Eve Rosenhaft: Familienversorgung auf dem Kapitalmarkt. Aufstieg und Niedergang der Witwenkassen im 18. Jhd. als Schnittpunkt der Geschlechter- und Finanzgeschichte

10:00 – 11:00 Uhr

Margareth Lanzinger: Unterm Strich gleich Null. Materielles & immaterielles Geld im Kontext von Vermögenstransfers (Innichen, 18.Jhd.)

11:00 Uhr Kaffeepause

11:15 – 12:15 Uhr

Martin Zürrn: Savoyischer Handel zwischen Subsistenz, Markt und Obrigkeit

12:15 Uhr Mittagessen

14:00 – 15:00 Uhr

Friedrich-Wilhelm Hemann: Wie kam die Butter nach Dülmen? Lebensmittelimport und Distribution in einer westfälischen Kleinstadt vor dem Hintergrund von Kreditbeziehungen

15:00 – 16:00 Uhr

Michaela Fenske: Marktkultur in der Frühen Neuzeit. Wirtschaftliche Transaktionen, soziale Interaktionen und „Rituale“ auf Hildesheimer Jahr- und Viehmärkten

16:00 Uhr Kaffeepause

16:15 – 17:15 Uhr

Bernd Fuhrmann: Kreditwesen in deutschen Städten des Spätmittelalters

17:15 – 18:15 Uhr

Michael Rothmann: „Gab Gott groß Gnad und Gewinn“. Mittelalterlicher Geld-, Kredit- und Marktverkehr zwischen kirchlicher Ideologie und wirtschaftlicher Lebenswelt

18:30 Uhr Abendessen / anschl. gemütliches Beisammensein im Stiftskeller Kloster Irsee

Sonntag, 23. März 2003

9:00 – 10:00 Uhr

Marjolen't Hart: The market for annuities, *renteniers*, and the impact of war in 16th – 17th century Netherlands

10:00 – 11:00 Uhr

Stefan Altorfer: Kapitalexport, Klientelismus und Kreditmarkt. Das Auftreten des bernischen Staates und seines Patriziats auf dem Kapitalmarkt im 18. Jhd.

11:00 Uhr Kaffeepause

11:15 – 12:15 Uhr

Dana Stefanová: Die Schwarzenberg Bank 1787–1830. Ein Unternehmen der Aufklärung?

12:15 – 13:00 Uhr

Schlussrunde: Rückblick / weitere Planung

13:00 Uhr Mittagessen / Abreise

PROF. DR. MARK HÄBERLEIN

Historisches Seminar der Universität Freiburg

KG IV, Werthmannplatz, D-79085 Freiburg

Tel.: 0761-203-3420, Fax: 0761-203-3425

e-mail: mark.haerberlein@geschichte.uni-freiburg.de

CHRISTOF JEGGLE M.A.

Innsbrucker Str. 49a, D-10825 Berlin

Tel.: 030 – 782 69 81

e-mail: c.jeggle@web.de

DR. MARKWARTHERZOG

Schwabenakademie Irsee

Klosterring 4, D-87660 Irsee

Tel.: 08341-906-661/-662, Fax: 08341-906-669

e-mail: Schwabenakademie@Kloster-Irsee.de

www.schwabenakademie.de

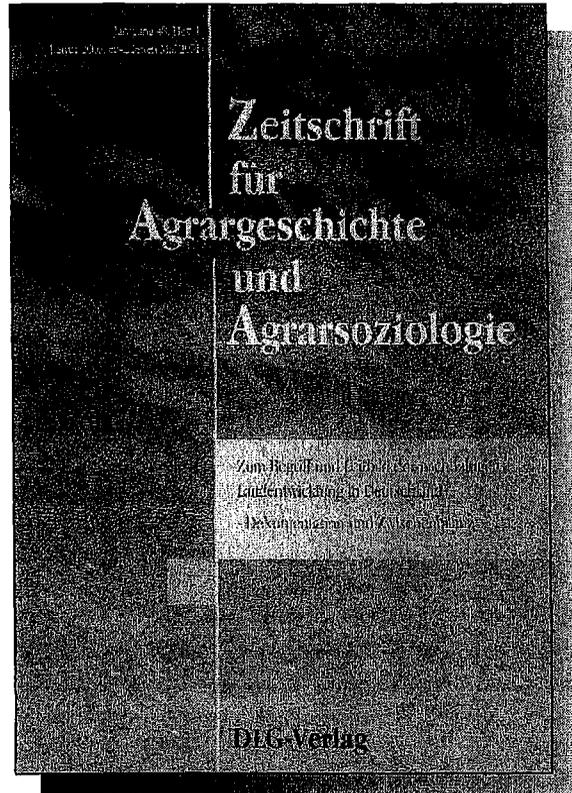
Die Anmeldung zur Tagung erfolgt direkt bei der Schwabenakademie.

Aufsätze zur geschichtlichen und soziologischen Entwicklung der Landwirtschaft.

Erscheint 2 x jährlich. € 64,-

Einzelpreis: € 34,-

ISSN 0044-2194



Zu bestellen bei:

DLG-Verlag,

Eschborner Landstraße 122

60489 Frankfurt/M

www.dlg-verlag.de,

dlg-verlag@dlg-frankfurt.de

Tel.: 069/2 47 88-466 oder -451

Fax.: 069/2 47 88-480



New Cultural History - Economic History, Environmental History, and History of Technology

3rd International Summer School on New Directions in History

(European University at St. Petersburg (Russia) and
Max-Planck-Institut für Geschichte (Göttingen),
St. Petersburg 20.7.-3.8.2003)

Jürgen Schlumbohm

The summer school offers places for 30 participants - doctoral students and a few post-doctoral scholars - from German-speaking countries, Russia, other CIS countries and the Baltic states. It provides an opportunity for the intensive discussion of both general issues of the „new cultural history“ and more specific problems of economic history, environmental history, and the history of technology. At the centre of the school's discussions will be the relationship between these historical trends and subdisciplines.

The school will critically consider recent developments in new cultural history, and in economic history, environmental history, and the history of technology. Two main questions will be raised: first, how new cultural approaches can enrich our understanding of economic history, environmental History, and history of technology, and second, whether new developments in economic history, environmental history and the history of technology can contribute to our vision of cultural history. The discussions at the school will aim at overcoming the divide between nature and culture, technology and culture, and between culture and economy. Thus, technology and nature can be viewed as cultural constructions. On the other hand, the discussions will challenge the very notion of cultural construction and use the „hard“ cases of nature and technology to test the methods and principles of the new cultural history. Discussions will probe the limits of the cultural approach and bring back the materiality of things into historical focus.

The summer school will provide a forum for students from diverse backgrounds for discussing methodological and substantive issues. Teaching will be in seminar format. A reader, with relevant articles on the themes of the school, will be distributed to participants in advance. In addition, each participant is expected to give a presentation of his/her own research project.

The summer school is sponsored by the Volkswagen Foundation. Participants will receive a grant covering most of the expenses for travel and accomodation.

Teachers of the summer school will be *Daniel Alexandrov* (European University at St. Petersburg), *Franz-Josef Brüggemeier* (Universität Freiburg i.Br.), *Ute Daniel* (Technische Universität Braunschweig), *Michael Hagner* (Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin), *Michail Krom* (European University at St. Petersburg), *Jürgen Schlumbohm* (Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen), *Thomas Sokoll* (FernUniversität Hagen) and *Jakob Tanner* (Universität Zürich).

The language of the summer school will be English. The European University at St. Petersburg will serve at the school venue. It is located in the historical area of downtown St. Petersburg close to the Hermitage and other cultural attractions. For information on the European University at St. Petersburg see <http://www.eu.spb.ru> and for a report on the 2001 summer school <http://www.eu.spb.ru/histschool/report2001-en.htm>.

Applications are welcome from doctoral students and post-doctoral scholars working in cultural history, or in economic history, environmental history, or the history of technology. Applicants should be interested in theoretical and methodological issues and in comparative approaches. A good working knowledge of English is essential.

The closing date for applications is 15 February 2003.

Applications with an outline of the research project (in English, not exceeding 800 words, including: title and type of project [Ph.D./Habil., dissertation/article], brief indication of questions/hypotheses, sources, methods, state of the research, preliminary results), a short curriculum vitae, and a letter of recommendation from a university teacher should be sent by mail and e-mail to

Prof. Dr. *Jürgen Schlumbohm*
Max-Planck-Institut für Geschichte
Postfach 2833
D-37018 Göttingen
Fax: 0551/4956170
e-mail: schlumbohm@mpi-g.gwdg.de

KLEINE BEITRÄGE

Agrarfragen

Zum neuen Heft der Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften

Erich Landsteiner / Ernst Langthaler

„Bauern“, *peasants*, *paysans* – all diese Etiketten bezeichnen Konzepte, die Einzelnen und Gruppen bestimmte Orte zuschreiben. Solche Verortungen finden in unterschiedlichen, wechselseitig aufeinander bezogenen Räumen statt: im Raum der sozialen (Klassen-) Beziehungen ebenso wie im Raum der symbolischen (Identitäts-) Beziehungen. Erstere knüpfen sich an materielle und immaterielle Werte, die im Prozess von Produktion, Distribution und Konsumtion zwischen AkteurInnen transferiert werden; letztere sind daran geknüpft, welche AkteurInnen sich (nicht) als ‚Bauern‘ – hier als Chiffre für die derart adressierten Frauen und Männer verstanden – identifizieren oder als solche (nicht) identifiziert werden. Die sozialen und symbolischen Verortungen des ‚Bauern‘ wechseln mit zeit- und raumspezifischen Bedingungen des Denkens und Handelns. Das zeigen etwa die akademischen, in *master narratives* eingebettete Debatten um die „Agrarfrage“ (Karl Kautsky 1899) im deutschsprachigen Raum im 20. Jahrhundert: Rechte RomantikerInnen sehen im ‚Bauern‘ die Verkörperung konservativer und nationaler Tugenden; rechte ModernisiererInnen betrachten ihn als unzeitgemäßes Relikt in der nivellierten Wohlstandsgesellschaft; linke ModernisiererInnen begreifen ihn als Auslaufmodell auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft; linke RomantikerInnen feiern ihn als eigensinnigen Widerpart bürokratischer und kapitalistischer Kolonialisierung. Mit dem Auf- und Abstieg solcher Diskurse stehen und fallen auch die damit verknüpften Konzepte des ‚Bauern‘.

Vor diesem Hintergrund weitet sich der Gegenstand der historischen Sozial- und Kulturwissenschaften aus: Es geht nicht mehr ausschließlich darum, möglichst plausible Geschichten über ‚Bauern‘ zu erzählen; solche Erzählungen gewinnen nunmehr einen Gutteil ihrer Plausibilität daraus, daß sie die expliziten und impliziten Konzepte des ‚Bauern‘ selbst in Frage stellen. Solche reflexiven Bezüge bilden ein gemeinsames Anliegen der AutorInnen des zu Jahresbeginn 2003 erscheinenden Heftes der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* zum Thema *Agrarfragen*. Die Strategien zu dessen Umsetzung variieren nach den jeweiligen Wissenschaftskulturen. Michael Kearney (Riverside, California) und Michael

J. Watts (Berkeley, California) entwerfen aus Rückblicken auf die *peasant studies*, dem Brennpunkt der interdisziplinären Debatte über ‚Bauern‘ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, unterschiedliche Zukunftsperspektiven: Michael Kearney, der sich seit Jahrzehnten mit ländlichen MigrantInnen und deren Familien im mexikanisch-kalifornischen Grenzraum befaßt, sieht im *polybian* das adäquate Konzept für eine, seinen Worten nach, *global anthropology*. Damit konzeptualisiert er die Überlebensstrategien von Personen, die in mehreren, unterschiedlichen Logiken folgenden Feldern agieren: Subsistenzproduktion auf eigenem Grund und Boden, Lohnarbeit in kommerzialisierten Farmbetrieben, Kontraktlandwirtschaft für agroindustrielle Konzerne, informelle Dienstleistungen in den urbanen Zentren, Fertigung von Massenartikeln für die Tourismusindustrie, und so fort. Michael J. Watts hingegen betrachtet das bewährte Konzept des *simple commodity producers* im Sinn der kontradiktorischen Einheit von Arbeit und Kapital als flexibel genug, um die Vielfalt bäuerlicher Arbeits- und Lebensweisen in der globalisierten Welt abzudecken. Er wendet sich gegen die ‚Neuerfindung‘ des Bauern als subalterne, hybride oder radikal neue kulturelle Identitäten und plädiert für eine Rückbesinnung auf Fragestellungen, die in der Tradition marxistischer Diskussionen um die „Agrarfrage“ stehen. Die unterschiedlichen Standpunkte, die beide Autoren in ihren Hauptbeiträgen entwickeln, bieten Anlaß für einen engagierten Dialog, der vom gemeinsamen Bemühen um Präzisierung, Differenzierung und Reflexivität getragen ist. In einem weiteren Hauptbeitrag untersucht Frank Konersmann (Bielefeld) die Wirtschaftsweise und die sozialen Verhältnisse großteils mennonitischer „Bauern-Kaufleute“ in der Pfalz und Rheinessen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert.

Auch die Forumsbeiträge des Heftes beleuchten Aspekte bäuerlicher AkteurInnen, die bisher noch zur Gänze oder teilweise im Dunkeln gelegen sind: Erhard Chvojka (Wien) zeigt an bürgerlich-städtischen Diskursen in der frühen Neuzeit über die ‚Rückständigkeit‘ bäuerlichen Zeitbewußtseins, daß dabei weniger die Mentalitäten der Beobachteten, als jene der auf Distinktion bedachten BeobachterInnen verhandelt wurden. Tobias Kies (Bielefeld) entdeckt an den „Salpeterern“, einer bäuerlichen Widerstandsbewegung gegen staatliche Disziplinierung in einer südwestdeutschen Region im 19. Jahrhundert, daß das Festhalten am scheinbar ‚Alten‘ auch eine Strategie zur Aneignung des ‚Neuen‘ darstellen konnte. Eva-Maria Stolberg (Bonn) rückt das Klischee von der Passivität der russischen Bauernschaft während der stalinistischen Zwangskollektivierung zurecht, indem sie deren aktive Rolle in den Auseinandersetzungen mit Staat und Partei betont. Gemengelage von Traditionalität und Modernität kennzeichnen den ambivalenten Diskurs der ländlichen Frauenzeitschrift *Donne rurali* im Ita-

lien der fünfziger Jahre, den Luisa Tasca (Borso del Grappa) einer eindringlichen Analyse unterzieht. Wie der Beitrag von Gesine Gerhard (Stockton, California) über den *Deutschen Bauernverband* zeigt, gelang die Integration der potenziell systemoppositionellen Bauernschaft in das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik Deutschland – und damit die vorläufige ‚Lösung der deutschen Bauernfrage‘ – in den fünfziger Jahren über einen Mix aus ‚rückwärtsgewandter‘ Bauernsideologie und ‚fortschrittlicher‘, auf den Mittel- und Großbetrieb ausgerichteter Agrarstrukturpolitik. Abschließend skizzieren Ernst Langthaler (St. Pölten) und Josef Redl (St. Pölten), ausgehend von einem Tagungsbericht, gegenwärtige Tendenzen der Agrargeschichtsforschung im deutschsprachigen Raum. Abstracts sind ab Jahresbeginn 2003 unter www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/oezg verfügbar; unter dieser Adresse kann das 144 seitige Heft zum Preis von EUR 15,- auch bestellt werden.

ao. Univ.-Prof. Dr. *Erich Landsteiner*, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1, A-1010 Wien, erich.landsteiner@univie.ac.at
Dr. *Ernst Langthaler*, Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes, Franz Schubert-Platz 4, A-3109 St. Pölten, ernst.langthaler@noel.gv.at

Die Dorfkirche als Forschungsaufgabe

Christofer Herrmann

Die Kirche im Dorf ist bis heute nicht nur im Sprichworte lebendig geblieben, als gebaute Architektur prägt sie das Bild vieler Landschaften Europas. Wer sich mit der Sakralarchitektur beschäftigt, kann feststellen, daß etwa 80 % aller Kirchen auf dem Land stehen. Proportional umgekehrt ist das Interesse der für die Erforschung dieser Bautengruppe eigentlich zuständigen Kunstgeschichte. Dorfkirchen gelten oft als minderwertige und kunstlose Objekte und werden als Forschungsgegenstand gemieden. Selbstverständlich sind ländliche Kirchen in ihren Dimensionen und meist auch in der künstlerischen Ausführung bescheidener als die Kirchen der Städte, Klöster oder gar Kathedralen. Sie besitzen aber dennoch oft erstaunliche Qualitäten. Viele Dorfkirchen dürften von städtischen Handwerkern errichtet worden sein, die auch an der Errichtung der Großarchitektur beteiligt waren. Man wird daher die große Architektur nicht verstehen können, wenn man sich nicht mit der verwandten kleinen Architektur beschäftigt. Dorfkirchen haben außerdem ihren Eigenwert, sie sind nicht einfach eine primiti-

ve Reduktion der städtischen Architektur, kein ‚gesunkenes Kulturgut‘. Dorfkirchen bilden eigenständige Merkmale aus, die auf die speziellen Bedürfnisse der ländlichen Situation reagieren. Wer mit wachem Auge die europäischen Kulturlandschaften beobachtet, wird bemerken, daß es überall individuelle Ausprägung von Dorfkirchentypen gibt. Die Erfassung dieser Landschaften sowie die Analyse ihrer Beziehungen untereinander und zur Großarchitektur sind gewaltige Forschungsdesiderate.

In den vergangenen Jahren zeigen sich erste Ansätze einer Wende zum Besseren. Insbesondere in den neuen Ländern wurden einige Forschungsprojekte begonnen (teilweise sind sie schon abgeschlossen), die sich mit der Untersuchung von regionalen Gruppen ländlicher Kirchen beschäftigen. Dieses Interesse wurde nicht zuletzt auch dadurch gefördert, daß dort viele ländliche Kirchen akut in ihrer Existenz gefährdet sind. Vielfach rückt die Bedeutung der Dorfkirche erst durch ihren drohende Untergang wieder in unser Bewusstsein.

Das Phänomen der ländliche Kirchen kann nur durch eine Zusammenarbeit von Historikern, Kunsthistorikern, Volkskundlern, Theologen, etc. hinreichend untersucht werden. Ich möchte daher an alle interessierten Wissenschaftler die Bitte richten, sich mit mir in Verbindung zu setzen, wenn Sie an einem der folgenden Aktivitäten interessiert sind:

- Schaffung eines Forums zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch über die Dorfkirchenforschung
- Organisation einer Tagung zur Problematik der ländlichen Kirchen (2004 oder 2005)
- Gründung eines Arbeitskreises ‚Ländliche Kirchen‘
- Initiierung von Forschungsprojekten

Rückmeldungen erbitte ich an folgende Adresse:

Prof. Dr. *Christofer Herrmann*
 Bartag 82d,
 PL-10-687 Olsztyn
 E-mail: chriherr2@yahoo.de

Ländliche Siedlungsplanung als Forschungsaspekt der Historischen Geographie und Agrargeschichte – einige Anmerkungen

von Andreas Dix

Der Anlaß dieses Berichtes ist die abschließende Publikation einer eigenen Forschungsarbeit über die Siedlungsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR.¹ Ausgehend von den Fragestellungen und Thesen meiner Arbeit soll die ländliche Siedlungsplanung und -politik im 19. und 20. Jahrhundert als ein wichtiger, bisher aber hinsichtlich seines historischen und politischen Gewichtes unterbewerteter Forschungsgegenstand für die Historische Geographie und Agrargeschichte in wenigen Strichen skizziert werden.

Für die Historische Geographie ist die Untersuchung der Entstehung und Entwicklung ländlicher Siedlungen ein klassische Forschungsfeld, aber erst seit den späten siebziger und frühen achtziger Jahre fand auch die nationalstaatliche Siedlungsplanung und -politik seit dem 19. Jahrhundert ein größeres Interesse.² Im Ländervergleich erwies sich, daß es zwar überall zu einer Ausweitung der ländlichen Neusiedlung gekommen war, dies jedoch immer aus einem unterschiedlichen Bündel gleicher Motive heraus, etwa um über ethnische Majorisierung Nationalstaatlichkeit zu sichern oder durch Steigerung der Nahrungsmittelproduktion Hunger und Armut zu lindern. Da die Neusiedlung in jeweils ganz unterschiedliche innen- und außenpolitische Konstellationen eingebunden war, ist sie in der Forschung stets nur als ein Aspekt in wirtschafts-, politik- und sozialgeschichtlichen Zusammenhängen mitbehandelt und als eigenes Phänomen kaum wahrgenommen worden. Dies gilt auch für den Bereich der Agrargeschichte. Meine Ausgangsthese ist, daß die Bedeutung der ländlichen Siedlungsmaßnahmen in der europäischen Geschichte dieser Zeit in ihrer politischen Bedeutung bislang unterschätzt wird. Eine Ausnahme stellt bisher nur die NS-Zeit dar.³ So ist auch die Siedlungspolitik im Rahmen von Bodenreform und Kollektivierung in der SBZ und DDR bisher lediglich als Teilaspekt in jeweils anderem Kontext angesprochen, nicht jedoch als eigenständiges Forschungsthema untersucht worden.

In der SBZ und DDR kam dennoch der Siedlungspolitik große Bedeutung zu, hatten doch Bodenreform und Kollektivierung im Selbstverständnis dieses deutschen Teilstaates

¹ Andreas Dix, „Freies Land“. Siedlungsplanung im ländlichen Raum der SBZ und frühen DDR 1945 bis 1955. Köln, Weimar 2002.

² Siehe Wilfried Krings, Ländliche Neusiedlung im westlichen Mitteleuropa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Ehrgeizige Pläne – enttäuschende Resultate?, in: Erdkunde, 40, 1986, S. 227-235.

³ Siehe z.B. jetzt Uwe Mai, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat. Paderborn 2002.

immer eine entscheidende identifikatorische Funktion. Die grundlegende Umstrukturierung der Besitzverhältnisse zugunsten einer gerechteren Verteilung des Bodens wurde von der politischen Spitze, aber auch von einem Großteil der Bevölkerung, als Schlüssel für den Aufbau eines neuen sozialistischen Staates betrachtet. In dieser offiziellen Lesart war die Kollektivierung dann der zweite konsequente Schritt zur sozialistischen Landwirtschaft, charakterisiert durch den durchrationalisierten Großbetrieb der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

Da die SED zudem die politische Bedeutung von Bodenreform und Kollektivierung selbst immer wieder betonte, setzte sich im Westen Deutschlands die Interpretation durch, daß es sich bei beiden Maßnahmen um reine Machtpolitik gehandelt habe. Auch den außerordentlich schnellen und radikalen agrarstrukturellen Paradigmenwechsel konnte man sich im Westen nur so erklären, daß dies Teil einer langfristig angelegten machtpolitischen Strategie gewesen sei. Hier hingegen wurde von der These ausgegangen, daß hinter Bodenreform und Kollektivierung neben der Machtpolitik, die eine unbestreitbar wichtige Rolle spielte, auch andere, ganz pragmatische Erwägungen standen, die sehr viel stärker, als bisher beachtet, in der Tradition deutscher und auch europäischer Agrarpolitik standen. Wie in der planmäßigen ländlichen Siedlung schon vor 1945 verschränken sich auch in der SBZ und DDR die Ziele von Bevölkerungs-, Ernährungs- und Agrarpolitik miteinander. In diesem zeitlich erweiterten Horizont lassen sich Ereignisse und Entscheidungen differenzierter beschreiben und erklären.

Es sind im wesentlichen drei Ziele, die siedlungspolitischen Maßnahmen in Europa immer wieder zugrunde gelegen hatten, und die sich deshalb als thematische Leitlinien für den Vergleich von Bodenreform und Kollektivierung mit vorausgegangener ländlicher Siedlung eignen. Zum einen hatte ländliche Siedlung immer eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel. Insbesondere in den wirtschaftlichen Krisenzeiten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg bekam dieses Thema in Deutschland eine existentielle Bedeutung. Zu den sozialpolitischen Zielen gehörten in den Nachkriegszeiten die Integration der zurückkehrenden Soldaten und der Flüchtlinge. Außerdem sollte die Landflucht der nachgeborenen Kindern aus Bauernfamilien oder der Landarbeiter bekämpft werden, indem man die Lebensverhältnisse auf dem Land durch Entwicklung der Infrastruktur, die Elektrifizierung der Dörfer und ihre Ausstattung mit Schulen, Dorfwirtschafts- und Dorfgemeinschaftshäusern verbesserte. Schließlich ist es geradezu ein charakteristisches Moment der Geschichte der europäischen Nationalstaaten der zweiten Hälfte des 19. und des 20. Jahrhunderts, daß man ländliche Sied-

lung immer wieder unter bevölkerungspolitischen Vorzeichen betrieben hat.⁴ Dabei war Vertreibung und Aussiedlung immer antagonistisch mit der Ansiedlung neuer Bevölkerungsgruppen verbunden, beispielsweise um Grenzgebiete zu sichern oder verwüstete Regionen zu „peuplieren“. Durch Veränderung der ethnischen, sprachlichen und sozialen Bevölkerungsstruktur sollten machtpolitische Vorstellungen einer ethnisch, sprachlich oder sozial einheitlichen Staatsbevölkerung verwirklicht werden.⁵

Alle diese Aspekte sind in den siedlungspolitischen Maßnahmen im ländlichen Raum der SBZ und frühen DDR wiederzufinden. Es bedarf eines Fragerasters, mit dessen Hilfe es möglich ist, Gestaltung, Ausmaß und Bedeutung der ländlichen Siedlung im Rahmen der Bodenreform und Kollektivierung zu bestimmen. Durch zeitliche Rückgriffe ist es zudem nicht nur möglich, die Persistenz von Planungsideen nachzuzeichnen, sondern auch die Anteile von Eigenständigkeit der deutschen Stellen auf der einen Seite und den Einfluß der Besatzungsmacht auf der anderen Seite zu bestimmen. Damit soll hier ein neuerer Trend in der aktuellen DDR-Historiographie aufgegriffen werden, der sich von der isolierten Betrachtung des Phänomens „DDR“ zu zeitlich und auch inhaltlich übergreifenden Fragestellungen hinwendet. So stand die Bodenreform nicht nur auf Stalins Agenda, sondern hatte bereits als politisches Ziel in Deutschland eine längere Tradition, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichte. Die Bodenreform war auch nach 1945 kein genuines und alleiniges Ziel der Kommunisten, sondern konnte zunächst auf breite Zustimmung in allen politischen Lagern bauen.

Seit das im Moskauer Exil ansässige Politbüro der KPD anfang, in enger Abstimmung mit der sowjetischen Führung unter Stalin politische Konzepte für Nachkriegsdeutschland zu diskutieren, stand eine grundlegende Veränderung der Agrarstruktur immer auf ihrer Agenda. Schon im Februar 1945 stellte der führende Agrarpolitiker der KPD Edwin Hoernle in seinem Entwurf über die „Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie“ detailliertere Ideen dazu vor. Hoernle wollte keine Kollektivierung nach sowjetischem Vorbild, statt dessen sollte das Klein- und Mittelbauerntum erhalten werden. Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sollte durch eine Intensivierung der Produktion auf diesen kleineren Höfen erreicht werden. Mit diesem Programm strebte Hoernle zugleich die Ansiedlung von „100.000en bäuerlich-landproletarischen Flüchtlingsfamilien aus dem Osten“ an.⁶

⁴ Dazu in einer zeitlich frühen Studie Jan G. Smit, Neubildung deutschen Bauerntums. Innere Kolonisation im Dritten Reich – Fallstudien in Schleswig-Holstein. Kassel 1983 (Urbs et regio; 30).

⁵ In seiner vergleichenden Betrachtung über die „ethnische Säuberung“ in der europäischen Geschichte geht Norman Naimark auf diesen Aspekt nur am Rande ein. Norman Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe. Cambridge Mass., London, 2001.

⁶ Edwin Hoernle, Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie. Vorgetragen für die Abendschule der KPD-Kader in Moskau am 4. Februar 1945, in: Peter Erler u.a. (Hgg.), „Nach Hitler kommen wir“. Doku-

Damit verfügte die KPD bei Kriegsende über ein theoretisches Konzept für ihre zukünftige Landwirtschaftspolitik. Daß die Bodenreform jedoch so früh, nämlich schon knapp vier Monate nach Kriegsende, durchgeführt worden ist, ging auf den politischen Willen Stalins zurück. Die Bodenreform begann mit der Verabschiedung der Verordnung der Provinzialverwaltung in Sachsen-Anhalt am 3. September 1945, in den nächsten Tagen folgten ähnlich formulierte Verordnungen in den anderen Ländern der Sowjetischen Zone.

Bis Januar 1950 wurden ca. 14.000 landwirtschaftliche Betriebe enteignet.⁷ Das Land sollte Neubauern zugute kommen, und dies waren bisher landlose Bauern, Landarbeiter, Pächter und Flüchtlinge. Außerdem wurden Kleinstwirtschaften von unter 5 ha vergrößert, um sie lebensfähig zu machen. Die Bodenreform war das wichtigste Projekt der KPD im ersten Jahr nach Kriegsende und wurde mit großem Propagandaaufwand begleitet. Aus dem enteigneten Land wurden bis zum Januar 1950 ca. 210.000 Neubauernstellen mit einer Fläche von insgesamt 1.696.083 ha geschaffen. Ihre durchschnittliche Größe betrug 8,1 ha.⁸ Das Konzept der KPD sah vor, wirtschaftlich selbständige bäuerliche Einzelbetriebe zu schaffen, die durch intensive Landbewirtschaftung und Viehzucht über die Selbstversorgung hinaus für den Markt produzieren sollten. Maschinelle und technische Unterstützung wollte man durch eine umfassende Hilfe der neugegründeten Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) erreichen, die das ebenfalls enteignete Gerät der Großwirtschaften sammeln, betreuen und an die Neubauern ausleihen sollten. Zu einer kompletten funktionierenden Neubauernstelle gehörten Wohn- und Wirtschaftsgebäude notwendig dazu. Die enteigneten Gebäude der Güter und großen Bauernwirtschaften wurden weiterverwendet, reichten jedoch bei weitem nicht aus, so daß in großem Umfang neue Gebäude errichtet werden mußten. Auch wenn die veröffentlichten oder in den Akten genannten Zahlen über geplante und fertiggestellte Bauten im einzelnen noch zu hinterfragen sind, steht die große Dimension des Bauvolumens, das durch die Bodenreform notwendig wurde, außer Zweifel.

Die große Bedeutung des ländlichen Wiederaufbaus für die politische Führung zeigt sich darin, daß das ländliche Bauwesen dem städtischen Wiederaufbau vorgezogen wurde. Doch auch damit erreichte man keine ausreichende Ausstattung des Neubauernbauprogramms mit Baumaterialien, denn die Industrie war entweder kriegszerstört oder wurde demontiert und die wenigen produzierten Baustoffe zusätzlich für die Bedürfnisse der Besatzungsverwaltung

mente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994, S.312, 316.

⁷ Zahlen nach Rolf Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1964, S. 261.

⁸ Zahlen nach Stöckigt 1964, S. 266.

beschlagnahmt. Um das Baugeschehen zu forcieren, erließ die SMAD am 9. September 1947 ihren Befehl 209, der den deutschen Verwaltungsstellen den Bau von 37.000 Gebäuden für die Neubauern in der gesamten Zone befahl. Zusätzliche Baustoffe wurden dennoch nicht bereitgestellt, die deutschen Verwaltungen wurden lediglich auf Baumaterialien aus Gutsabbrüchen und Naturbaustoffe wie Lehm und Stroh verwiesen. Die ersten Planungen zu Neubauernhöfen wurden von den Verwaltungen der Länder durchgeführt, Vorschriften zum Bau bestimmter Typen gab es noch nicht. Die Hauptverwaltung für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission gab es als übergeordnete zonale Instanz seit Juli 1945. An Bedeutung für die Planung und Durchführung der ländlichen Siedlung gewann sie jedoch erst mit der wachsenden Zentralisierung in der SBZ. Spätestens seit der Organisation des Bauprogramms infolge des Befehls 209 wurden hier Vorgaben für die Planung von Höfen und Siedlungen ausgearbeitet, außerdem hat man versucht, ihre Realisierung zu überwachen. Neubauernhöfe wurden bis in das Jahr 1952 hinein geplant und gebaut. Das Bauvolumen blieb immer hinter den hochgesteckten Planungen zurück. Selbständige Neusiedlungen gab es kaum. Die meisten Höfe entstanden in unmittelbarer Nachbarschaft vorhandener Dörfer. In etlichen Fällen betrafen Planungen auch den Dorfkern: Insbesondere im Norden wurden Gutsanlagen abgerissen, um die Physiognomie der Dörfer zu verändern und Gutsdörfer in Bauerndörfer umzuwandeln.

Im Juli 1952 wurde auf der II. Parteikonferenz der SED im Rahmen des „planmäßigen Aufbaues des Sozialismus“ die durchgreifende Kollektivierung der Landwirtschaft beschlossen. Auslösendes Moment dafür war die immer stärker werdende Abwanderung der Neubauern von ihren Stellen. Bei Beginn der Kollektivierung schlossen sich tatsächlich viele Bauern freiwillig zusammen, da sie sich einen wirtschaftlichen Vorteil von der Arbeit im Kollektiv versprachen. Bald jedoch wurden die Zusammenschlüsse immer mehr als „spontane Aktion“ von der SED organisiert. Bis 1960 waren alle bäuerlichen Einzelwirtschaften unter dem sich verschärfenden Druck in den Kollektiven aufgegangen. Durch diesen unvorhergesehenen, plötzlichen Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik hatten sich Siedlungsplanung und landwirtschaftliches Bauwesen innerhalb kürzester Zeit auf völlig veränderte Rahmenbedingungen einzustellen. Die SED propagierte zwar nun das sog. „Sozialistische Dorf“ als neues Leitbild; wie dies funktional organisiert und städtebaulich und architektonisch gestaltet werden sollte, war 1952 noch unklar. Die neuen Probleme der Planung, die sich durch die LPG als neuartige Großkomplexe neben den Dörfern und auch durch die nun notwendige Hierar-

chisierung der Dörfer ergaben, versuchten die Planer am Beispiel von Musterdörfern, wie dem mecklenburgischen Dorf Mestlin oder dem brandenburgischen Dorf Marxwalde, zu lösen.

Die bisherigen Forschungen zu Bodenreform und Kollektivierung konzentrierten sich meist auf die Länder sowie die Regional- oder Lokalebene.⁹ Bisher wenig beachtet geblieben ist die bereits ab Juli 1945 aufgebaute zonale Verwaltung, die mit großem Apparat und materieller Unterstützung durch die SMAD Expertenwissen bündelte und im Verlauf der späten vierziger Jahre immer mehr Einfluß auf die Länder gewann. Nur in der Untersuchung dieser Ebene läßt sich nachvollziehen, wie aus der unterschiedlichen Ausgangssituation der Landwirtschaft in den Ländern überall ähnliche Strukturen entstanden.

Die Arbeit verfolgt einen explizit planungsgeschichtlichen Ansatz. Es geht um die Planungsvorgänge und ihre politischen und wirtschaftlichen Hintergründe. Besonders aufschlußreich war die Analyse der den Planungen zugrundeliegenden Leitbilder, ihre Herkunft und ihre Anpassung an die bestehenden Verhältnisse. Dabei sind verschiedene fachliche Stränge gleichzeitig zu verfolgen, die die politisch-ideologische, die architektonisch-bauliche und die landwirtschaftlich-technische Seite betreffen. Ihre jeweils spezifische Vorgeschichte aus der Zeit vor 1945 wird auf die weiteren Entwicklungen nach Kriegsende bezogen. Diesem „genetischen Ansatz“, der nach der Herkunft fragt, soll ein „kontrastiver Ansatz“ zur Seite gestellt werden, der die Planungen dem wirklichen Geschehen gegenüberstellt und nach den Gründen der auftretenden Differenzen sucht.

Der jeweilige Anteil der ideologischen oder dagegen ganz pragmatisch gedachten wirtschaftlichen Überlegungen, die in die Planungen einfließen, ist nicht leicht zu bestimmen. Selbstverständlich hatte die SED immer ihre politischen Ziele vor Augen, wie die Schaffung einer politischen Machtbasis auf dem Lande, und selbstverständlich spielten die sowjetischen Absichten eine zentrale Rolle.¹⁰ Dennoch ist die Siedlungspolitik aber nicht einfach nur im Zusammenhang der Sicherung und Stabilisierung des stalinistischen Systems im sowjetischen Herrschaftsbereich zu deuten. Ebensovienig zutreffend ist die häufig geäußerte Vermutung, man sei von Seiten der KPD und der sowjetischen Verwaltung überhaupt nicht an einem wirtschaftlichen Erfolg der Bodenreform interessiert gewesen.¹¹ Vielmehr sei es darum gegangen, nach der Aufteilung des Landes in viel zu kleine und unrentable Bauernwirtschaften später

⁹ Siehe hierzu die Beiträge in Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996 (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beiheft; 20).

¹⁰ Exemplarisch z.B. bei Rudolf Reutter, Die Bauernpolitik der SED, Berlin 1947.

¹¹ So noch bei Falco Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht“. Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR, in: Klaus-Dieter Henke u.a. (Hgg.), Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u.a. 1999, S. 141. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; 9).

umso schneller eine Kollektivierung durchführen zu können. Die katastrophale Ernährungslage, die Zerstörung der Städte und der Industrie und die große Zahl an obdachlosen Flüchtlingen lassen jedoch die Frage aufkommen, ob es nur darum gegangen sein kann, kommunistische Vorstellungen durchzusetzen.¹² Ob also die Einrichtung von Kleinbauernwirtschaften der damaligen Situation entsprachen oder bereits an eine spätere Kollektivierung nach sowjetischem Vorbild gedacht war, ist bisher noch nicht befriedigend beantwortet worden. Hier knüpft eine wichtige These dieser Arbeit an: Viele Aspekte der Bodenreform werden erst dann verständlich, wenn man sie in den Zusammenhang der ländlichen Siedlungspolitik stellt, deren Bedeutung für die Nahrungssicherung oder die Ansiedlung von beschäftigungs- und wohnungslosen Menschen besonders im Chaos der frühen Nachkriegszeit nicht zu unterschätzen ist.

Als Grundlage für eine Analyse der Ereignisse war es wichtig, die sich neu ausbildenden institutionellen Strukturen zu verfolgen. Ebensovienig wie die Institutionen sind bisher die Akteure bekannt. Die Frage, wer die landwirtschaftlichen, technischen und architektonischen Details im ländlichen Bauwesen geplant und umgesetzt hat, wurde bisher nicht untersucht. In dieser Arbeit konnte erstmals neben der politischen Ebene eine „Expertenebene“ rekonstruiert werden. Es konnte nachvollzogen werden, wer diese Experten waren, in welcher planerischen Tradition sie standen und wie sie agierten. Die Frage nach den Entstehungsbedingungen und den Steuerungsfaktoren von Planungen, den zugrundeliegenden Leitbildern und ihrer Umsetzung in der Praxis vermag einen guten Zugang zur Analyse und Bewertung komplexer Realisierungsprozesse bieten. Denn in oftmals verwirrender Weise vermischen sich Ideologie, technokratisches Denken, Modernitätsstreben, persönlicher Ehrgeiz, pragmatisches Handeln und materielle Rahmenbedingungen zum realisierten Endergebnis. Die bewußte Trennung von Ideologie, Propaganda und konkreten Maßnahmen vermag im Ergebnis Material für die weitergehende Frage zu liefern, welche übergeordnete politische Funktionen die Siedlungspolitik in einem Staatssystem wie dem der SBZ/DDR hatte. Sie läßt sich eben nicht nur als Bestandteil stalinistischer Machtpolitik einordnen.

Außerdem ist zu sehen, daß man sowohl die Bodenreform als auch die Kollektivierung im Sinne einer gesellschaftlichen aber auch technisch-wirtschaftlichen Modernisierung betrieben hat. Dieser Begriff ist problematisch, zumal er politisch benutzt und ganz unterschiedlich aufgeladen wird. Er beschreibt aber genau die Intention der Planer und Politiker, die ihre Ar-

¹² Zu der Frage der Sowjetisierung der Landwirtschaft in der SBZ siehe Arnd Bauerkämper, Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von

beit als Überwindung älterer, schlechter und ineffizienter Zustände sahen, deren Verbesserung sie nun unter neuen politischen Umständen durchaus weiter betreiben konnten.

Die konkreten Ergebnisse lassen sich nur adäquat rekonstruieren, wenn die Verschränkung unterschiedlichen Expertenwissens (Agrarwissenschaftler, Architekten usw.), die Rückbezüge auf Forschungen und Meinungen und die zeitgenössische Diskussion genau berücksichtigt werden. Auf diese Weise löst sich bis zu einem gewissen Grad auch das landläufige Bild der rückständigen und wirtschaftlich zum Scheitern verurteilten Neubauernwirtschaft auf, wenn man beispielsweise Flächenausstattung und bauliche Gestaltung näher betrachtet. So war den sowjetischen Anordnungen zufolge die Standardgröße für Neubauernwirtschaften auf fünf Hektar begrenzt. Doch sind damit nicht etwa nur sowjetische Vorstellungen den deutschen Verhältnissen übergestülpt worden. Eben diese Größe von fünf Hektar war in deutschen Untersuchungen der dreißiger Jahre, etwa von dem Bodenkundler Hermann Stremme in seinem 1937 veröffentlichten Buch über die „Siedlungskapazität des Deutschen Reiches“, als Untergrenze für selbständig lebensfähige Kleinbauerngehöfte festgelegt worden.¹³ Nach Stremme war eine solche Flächenausstattung jedoch nur bei besten Ackerböden ausreichend. Pragmatisch von den sowjetischen Vorgaben abweichend hat dann die Landwirtschaftsabteilung des ZK der KPD im August 1945 beschlossen, daß die Größe der Neubauernstellen je nach Bodenqualität zwischen fünf und acht Hektar betragen sollte. In den Bodenreformverordnungen der Länder, die ab September 1945 erlassen wurden, war die Obergrenze bei sehr schlechten Böden auf zehn Hektar weiter heraufgesetzt worden. Die durchschnittliche Größe aller Neubauernbetriebe betrug im Jahr 1950 schließlich 8,1 ha.

In der öffentlichen Diskussion wird seit Kriegsende außerdem immer wieder die Frage aufgeworfen, warum die Bodenreform in eine kleinbäuerliche Landwirtschaft mündete und nicht nach sowjetischem Vorbild direkt kollektiviert wurde. In der Sowjetunion waren nach der vollständigen Enteignungen aller bäuerlichen Privatbetriebe ab Ende der zwanziger Jahre Kolchosen und Sowchosen als Großbetriebe eingerichtet worden. Doch knüpfte man in der SBZ mit der ländlichen Neusiedlung als Methode zur Krisenbewältigung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an die damals aktuelle agrarpolitische Diskussion in Deutschland an.

Die KPD/SED konnte den gewählten Weg der Einrichtung von Kleinbauernstellen auch deshalb plausibel nach außen vertreten, weil eine Reihe vorliegender wissenschaftlicher Untersuchungen, die in Fachkreisen allgemein bekannt und anerkannt waren, dies als plau-

1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hgg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945 – 1970, Frankfurt am Main, New York 1997, S. 195-215, hier S. 197.

sible Lösung erscheinen ließ. In den Äußerungen der verantwortlichen Landwirtschaftspolitiker wie Edwin Hoernle und dem ersten Leiter der Landwirtschaftsabteilung im ZK der SED Rudolf Reutter sind etliche unmittelbare Rückbezüge auf diese Untersuchungen aus der Zeit vor 1945 zu finden, denen in der vorliegenden Arbeit erstmals nachgegangen wurde.¹⁴

Die Agrarpolitiker der SED und auch die Fachleute, die mit der Durchführung der Bodenreform betraut waren, standen in der Tradition der agrar- und gesellschaftspolitischen Diskussion in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Sie konnten sich auf eine weit zurückreichende Bodenreformediskussion in Deutschland berufen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts geführt wurde und durch Adolf Damaschkes Bund für Bodenreform um 1900 politischen Einfluß erlangte.¹⁵ Dazu kam eine seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von breiten Bevölkerungskreisen geteilte kritische Bewertung der Gutsbetriebe besonders im Osten Deutschlands. Die weit verbreitete Armut auf dem Lande und die daraus resultierende zunehmende Landflucht wurde der gutswirtschaftlichen Struktur angelastet, die die Bildung einer seßhaften und wirtschaftlich stabilen kleinbetrieblichen Bauernschaft verhinderte. Die Neugründung einer großen Zahl kleinerer bäuerlicher Familienbetriebe war seit der Jahrhundertwende eine populäre Forderung. Mit dem Reichssiedlungsgesetz von 1919 wurden dann in großem Umfang Großgrundbesitzer zu Landabgabe verpflichtet und unrentable Güter aufgesiedelt.

Ein weiterer Traditionsstrang für die Idee einer kleinbäuerlichen Struktur der Landwirtschaft läßt sich bis zur Weltwirtschaftskrise Ende der Zwanziger Jahre zurückverfolgen. In diesen wirtschaftlich äußerst problematischen Jahren sollte die Ernährung arbeitsloser und verarmter Stadtbevölkerung durch die Anlage vorstädtischer Kleinsiedlerstellen gesichert werden, die in großer Zahl im gesamten Deutschen Reich gebaut wurden. Die Kleinsiedler sollten keine Bauern werden, ihre Produktionsweise aber, die intensive gärtnerische Bewirtschaftung kleiner Areale, die zur Eigenversorgung weitgehend ausreichen sollte, lieferte Vorbilder für die ideale Neubauernwirtschaft.

Nachdem die ländliche Neusiedlung nach dem Reichssiedlungsgesetz von 1919 in der Weimarer Republik einen beträchtlichen Umfang erreicht hatte, rückte sie nach 1933 in den Mittelpunkt einer Agrarpolitik, die den Bauern im Sinne der nationalsozialistischen „Blut-

¹³ Hermann Stremme/Ernst Ostendorff, Die bäuerliche Siedlungskapazität des Deutschen Reiches, Gotha 1937 (Petermanns Geographische Mitteilungen. Ergänzungsheft; 228).

¹⁴ Z.B. zur Frage der Konzentration landwirtschaftlichen Grundbesitzes bei Theodor Häbich, Deutsche Latifundien. Bericht und Mahnung, Königsberg, 1. Aufl. 1930, verschiedene Formen der staatlichen Siedlungspolitik in der Weimarer Zeit in: Die deutsche ländliche Siedlung. Formen, Aufgaben, Ziele, hrsg. im Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin, 2. neubearb. u. verm. Aufl. 1931.

¹⁵ Adolf Damaschke, Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not, Jena, 1. Aufl. 1911.

und-Boden-Ideologie“ eine zentrale, ja mystisch überhöhte Rolle in Staat und Gesellschaft zuschrieb. Die wirtschaftliche Festigung der Bauernbetriebe und auch die Bildung „neuen Bauerntums“ waren deshalb von großer politischer Bedeutung, in deren Zusammenhang auch der bäuerlichen Siedlung eine wichtige Rolle zukam. Auch wenn die Propaganda zur ländlichen Neusiedlung ihre reale Bedeutung bei weitem übertraf - ähnlich wie bei den großen Neuandgewinnungsmaßnahmen der dreißiger Jahre, so behielt sie doch auch im öffentlichen Bewußtsein eine große Bedeutung. Im Verlauf des Krieges wurden immer weiter reichende Siedlungspläne aufgestellt, die schließlich im sogenannten „Generalplan Ost“ von 1942 gipfelten, der eine großflächige Vertreibung der Bevölkerung und planmäßige Neuansiedlung von deutschen Bauernfamilien in einem riesigen, weit nach Rußland hinein reichenden Gebiet vorsah.¹⁶ Dieser Plan ist nur das augenfälligste Kennzeichen einer immer tiefgreifenderen und radikaleren Planung, die als Ziel eine durchgreifende Neuordnung von Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen im gesamten Deutschen Reich verfolgte. Parallel dazu begann bereits nach dem Feldzug gegen Polen eine intensive Planungstätigkeit in den „eingegliederten Ostgebieten“, die sich auf die Neukonzeption des Siedlungsnetzes und auf die Planung und Realisierung von Musterdörfern erstreckte.¹⁷ Wie später in der SBZ ging es auch hier schon um die Einrichtung von hoch funktionalen Bauernhöfen, die den damals neuesten Erkenntnissen der agrarwissenschaftlichen Forschungen genügen sollten, und nur in zweiter Linie um eine „heimattypische“ Architektur. Eine große Zahl von Experten aus den Agrarwissenschaften und der Architektur fand hier während des Krieges Betätigung. Erst Ende 1944 wurden diese Planungsarbeiten eingestellt. Nur wenige Monate später lebten in der neuen Sowjetischen Besatzungszone Planungen zur ländlichen Neusiedlung im großen Stil wieder auf. Die politischen Vorzeichen waren zwar völlig andere geworden - Ziele von Raumbeherrschung und „Eindeutschung“ spielten keine Rolle mehr, die Methoden der Planung jedoch, die Normung von Grundrissen und Bauteilen, und die Anwendung der Lehmbauweise konnten nahtlos fortgeführt werden.¹⁸ Die Kontinuität bei den Landschafts- und Bauernhofplanungen ist nicht in erster Linie an der äußeren Gestaltung der Neubauernhäuser ablesbar, wenn auch die Siedlung

¹⁶ Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher, Der „Generalplan Ost“ und die Modernisierung der Großraumordnung. Eine Einführung, in: Mechtild Rössler u.a. (Hgg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 7-11.

¹⁷ Zur Planung speziell im sog. „Neuen Deutschen Osten“ siehe Michael A. Hartenstein, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944, Berlin 1998. Zu den umfassenden Vorstellungen einer Neuordnung, die auch die Landschaftsplanung umfaßte siehe jetzt thesenartig Klaus Fehn, „Germanisch-deutsche Kulturlandschaft“ - Historische Geographie und NS-Forschung, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (2002), S. 64-69.

¹⁸ Der Stand des Wissens ist in gut ablesbar bei Werner Cords-Parchim, Das Handbuch des Landbaumeisters, Bd. 1, Das Gehöft, Radebeul, Berlin 1951, Bd. 2, Das Dorf, Radebeul, Berlin 1953.

Großfurra mit ihren „landschaftsgebundenen“ Fachwerkhäusern dies nahezu legen scheint, sondern an der Optimierung der Hofstellen für eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und die Verknüpfung der ländlichen Siedlung mit sozial- und bevölkerungspolitischen Zielen.¹⁹

Auch in den Planungen zur detaillierten Ausgestaltung des fünf Hektar großen Neubauernhofes konnte direkt an die agrarwissenschaftlichen Forschungen zum Kleinbauernbetrieb angeknüpft werden, die besonders nach dem Ende des Ersten Weltkrieges einen großen Aufschwung genommen hatten. Um einen Hof mit dieser geringen Ausstattung an Land lebensfähig zu machen, mußte er höchst effizient arbeiten können. Die deutschen Agrarexperten waren sich einig, daß dies machbar sein würde, wenn man die Planung entsprechend darauf ausrichtete.²⁰ Schon die landtechnische und arbeitswissenschaftliche Forschung der Zwischenkriegszeit hatte auf eine umfassende Rationalisierung des landwirtschaftlichen Betriebes gesetzt. In Anlehnung an die Ideen des Taylorismus und Fordismus wurde der Bauernhof als Produktionsstätte gesehen, dessen komplexe Arbeitsabläufe man wie in der Industrie in ihre einzelnen Handgriffe zergliedern, analysieren und dann in ihrer Effektivität optimieren konnte. Dabei stützten sich die Architekten der Neubauernhöfe beispielsweise auf die Arbeiten von Gerhardt Preuschen, der 1940 zum Direktor des neugegründeten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landarbeitswissenschaften in Breslau ernannt worden war und in den frühen vierziger Jahren Methoden zur Untersuchung und Bewertung der Arbeitsgänge auf dem Bauernhof entwickelt hatte.²¹ Die so gewonnenen Erkenntnisse machten es möglich, die Grundrisse des Hofes so zu gestalten, daß Arbeitsabläufe zeit- und kraftsparender organisiert werden konnten. Die Vereinheitlichung von Arbeitsabläufen zielte zwangsläufig auch auf eine Typisierung der Neubauerngehöfte, die durchrationalisiert und normiert überall gleich errichtet werden konnten. So schlicht sich also die Neubauerngehöfte mit ihren Eindachhäusern in ihrer Architektur präsentierten, so wissenschaftlich durchgeplant waren doch diese Entwürfe. Man kann durchaus davon sprechen, daß ihrer Konzeption ein fordistisches Modell zu Grunde lag, dessen Entwicklung bis in die zwanziger Jahre zurückreicht.

Es ist in der Neubauernhofplanung also versucht worden, mit modernen Erkenntnissen kleinbetriebliche Einheiten effizienter zu gestalten und nicht etwa immer größere Produkti-

¹⁹ Beispiel Großfurra siehe Toni Miller, Grundlagen des ländlichen Siedlungswesens. Erläutert an einem praktischen Beispiel mit 6 Plänen. Weimar, 1. Aufl. 1946 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaften Hochschule Weimar; H. 2).

²⁰ Z.B. Georg Blohm, Die Betriebsorganisation in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, in: Kühn-Archiv 63 (1950), S. 301-394.

²¹ Gerhardt Preuschen, Arbeitersparnis durch zweckmäßige Gebäude, Berlin 1943 (Arbeitswirtschaft und Betriebsführung. Arbeitswirtschaftliche Schriftenreihe; 3).

onseinheiten zu schaffen. Mit dem Kleinbetrieb, so schien es damals, ließen sich Ziele, wie die Schaffung einer politisch loyalen „Massenbasis“ auf dem Land mit der Sicherung der Ernährung durch Subsistenz und Marktproduktion sowie Behausung obdachloser Bevölkerung und Ansiedlung von Flüchtlingen am besten miteinander verknüpfen. Die Neubauernhöfe sind nicht nur als einzelne isolierte Produktionsstätten betrachtet worden, denn nur durch ihre Einbindung in ein größeres System konnten etwa die Rationalisierungsvorteile durch Mechanisierung genutzt werden. Ausgehend von den Arbeiten des Hohenheimer Agrarwissenschaftlers Adolf Münzinger aus den dreißiger Jahren wollte man zur Entlastung der bäuerlichen Innenwirtschaft in den Dörfern in großem Stil Dorfwirtschaftshäuser errichten.²² Dort sollten den Neubauerinnen etwa Waschmaschinen oder Gefrieranlagen für das Schlachtfleisch zur Verfügung stehen. Neugebaute Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) sollten den Neubauern den Zugang zu landwirtschaftlichen Maschinen wie Traktoren ermöglichen, die bisher nur größere Betriebe erwerben konnten.

Es ist heute nur noch schwer vorstellbar, eine wie wichtige Rolle ländliche Neusiedlung politisch noch bis vor etwa fünfzig Jahren gespielt hat. Sie muß stärker als bisher als eigenes Politikfeld der europäischen Nationalstaaten gesehen werden, die hier ein Instrument in den Händen zu halten glaubten, mit dem man viele unterschiedliche Probleme gemeinsam zu lösen glaubte. Adäquat kann dieses Feld aber nur als Einheit und nicht sektoral untersucht werden. Hier kann die Historische Geographie mit ihrer raum-zeitlich orientierten Sichtweise ansetzen, indem sie die räumlichen Strukturen, den Umfang und die Auswirkungen von ländlicher Neusiedlung untersucht, während die Agrargeschichte die technischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen als Steuerungsfaktoren in den Mittelpunkt ihres Interesses rücken kann.

²² Siehe Adolf Münzinger, Versuche zur Hebung der bäuerlichen Wirtschaft und zur Ausschaltung der bäuerlichen Arbeitsüberlastung (unter Zugrundelegung der Verhältnisse in der bäuerlichen Landwirtschaft Süddeutschlands), in: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Teil 1: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen, Berlin 1932, S. 690-705.

BUCHBESPRECHUNGEN

Jo Little, *Gender and Rural Geography. Identity, Sexuality and Power in the Countryside*, Harlow u. a.: Prentice Hall 2002, 224 S.

Jo Little ist Senior Lecturer für Geographie an der Universität im südenglischen Exeter (im Internet unter <http://www.ex.ac.uk/geography/staff/little.html>) und eine der profilierten englischen AutorInnen der *rural studies*. In ihrem neuen Buch diskutiert sie die Beziehungen zwischen *gender*, verstanden als sozialem, nicht biologischem Geschlecht und Ländlichkeit (englisch: *rurality*). Im angelsächsischen Raum, so Little, seien feministische Theorie, Geschlechterbeziehungen und Sexualität (mittlerweile) zentrale Anliegen geographischer Forschung, eine Einschätzung die für den deutschen Sprachraum nicht zutrifft. Die Entwicklung feministischer Perspektiven und das Studium der Geschlechterbeziehungen fand in der Geographie jedoch, so Little, sehr ungleichmäßig statt. Die theoretische und die empirische Arbeit zu Gender neige dazu, sich auf die Sozial- und die Kulturgeographie zu konzentrieren. Noch augenscheinlicher ist der Bezug zu städtischen Räumen. Littles Buch stellt dagegen ländliche Räume und ihre spezifischen Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ in den Mittelpunkt und liefert damit einen Beitrag sowohl zur ländlichen Geographie als auch zu den *gender studies*. Überraschend ist, daß Little nicht auf die aktuelle Debatte um die Auflösung ländlicher Räume eingeht und „ländliche Räume“ als solche mit speziellen Vergesellschaftungsmodi ansieht.

Little gibt zuerst einen kurzen Rückblick auf die Geschichte feministisch-geographischer Forschung und auf die über ländliche Räume. Aus der Zusammenschau von feministischer und ländlicher Geographie entwickelt sie Impulse für die Erforschung ländlicher Arbeitsmärkte, ländlicher Gemeinschaften und neuer Formen von „*rural governance*“. In erster Linie ist das Buch jedoch ein Lehrbuch, das in vorteilhaft eingerichteten Kapiteln verschiedene Bereiche ländlichen Lebens durchdekliniert: „Natur“, Landschaft, communities, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Macht und Regierungshandeln, Sexualität und Repräsentation.

Im Kapitel über *new rural governance* weist sie darauf hin, daß Geschlechter- immer auch Machtbeziehungen sind, Macht vergeschlechtlicht ist. In der Forschung werde Macht aber vorrangig als urbanes Phänomen wahrgenommen, was dazu führe, daß Untersuchungen über die spezifischen Formen staatlicher Regulierung im ländlichen Raum samt ihren geschlechtlichen Implikationen fehlten. Zum Beispiel komme das Rollenmodell „ländliche

Frau“ als persönlich benennbares Subjekt in der nationalen Medien-Öffentlichkeit nicht vor, während „ländlichen“ „Frauen“ gemeinhin die Normalitätsattribute gehäuft zugeschrieben würden (women who are 'different' are not truly 'rural', S. 179). Little geht aber davon aus, daß die neuen Formen der Governance mehr auf Frauen abstellen und so die Norm der Frau als Ehefrau und Mutter zunehmend in Frage stellen werden. Die neoliberale Ökonomisierung des Politischen führe aber auch zu einer Stärkung „männlicher“ Praktiken.

Zum Schluß wirft Little einen Blick auf das bisher Erreichte. Sie konstatiert einen erkennbaren Fortschritt im Verständnis der vielfältigen Beziehungen zwischen Gender und Geographie als auch in dem über Unterschiede zwischen Männern und Frauen in ihrem Leben in ihren räumlichen Bezügen. Sie stellt jedoch selbstkritisch fest, daß *gender studies* auch in der Forschung zu ländlichen Räumen weniger *Geschlechterbeziehungen* als vor allem ein Geschlecht untersuchen, weiterhin, daß „weibliche“ Geschlechterkonstruktionen von „Männern“ kaum und „abweichende“ Identitäten (d.h. vor allem lesbische und schwule) zu wenig ins Visier genommen. Little fordert mehr Forschung über (ländliche) Maskulinität, und zwar nicht als Beschäftigung mit Schwulen, sondern um hegemoniale Männlichkeit und ländliche Gesellschaft in ihren Verschränkungen zu untersuchen. Sie reflektiert die Werkzeuge der *rural gender studies*, vor allem die vermehrte Nutzung ethnographischer Methoden und problematisiert die Forschungssituation feministischer *rural geography*, die in der Regel darin besteht, daß eine weiße Mittelschichtsforscherin weiße Bewohnerinnen des ländlichen Raumes aus der Mittelschicht mit dem ambivalenten Motiv untersucht, ihnen zu helfen.

Little's Buch zeigt eindringlich, daß eine vergleichbare deutschsprachige feministische, geographische oder gar agrarsoziologische Forschung nicht existiert. Dies hat seine Ursache in der gesunkenen Bedeutung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen in den letzten Jahrzehnten und in der Weigerung der in Frage kommenden geographischen und soziologischen Subdisziplinen, sich neuen Methoden, Theorien und Fragestellungen zu öffnen. Little's Buch gibt nicht Antworten auf alle aufgeworfenen Fragen, es stellt vielmehr den Kanon an Fragen zusammen, die derzeit bearbeitet werden oder noch auf ihre Bearbeitung warten. Die deutschsprachige Forschung steht hier noch ganz am Anfang.

Bernd Hüttner

Gerd Vonderach (Hrsg.), *Landbewohner im Blick der empirischen Sozialforschung*, LIT-Verlag, Münster 2001, 128 S.

Vonderach versammelt in seinem Buch elf seiner Wertung nach „bemerkenswerte“ empirische Studien zur (deutschsprachigen) ländlichen Sozialforschung der letzten 120 Jahre. Sieben AutorInnen stellen die Studien jeweils ausführlich vor, darunter die Klassiker von Max Weber und Herbert Kötter, die Dissertation von Maria Bidlingmaier über Bäuerinnen in Württemberg von 1918 und die 1952, 1972 und 1993/95 durchgeführte Dorfstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“. Drei Beiträge behandeln aktuellere Veröffentlichungen zum Wandel des bäuerlichen Familienbetriebes und der bäuerlichen Familie. Hier kommen Ulrich Plancks „Der bäuerliche Familienbetrieb zwischen Patriarchat und Partnerschaft“ (1964), Heide Inhetveens „Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“ (1983) und Bruno Hildenbrands „Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß“ (1992) zur Sprache.

Die Artikel referieren in erster Linie den Inhalt der verschiedenen Veröffentlichungen, ein Vergleich zwischen ihnen, eine Systematisierung oder kritische Auseinandersetzung findet nicht statt. Der Band liefert anhand der Veröffentlichungen eine gute Übersicht über die Geschichte der ländlichen Sozialforschung. Dies ist zusammen mit der unter Umständen arbeitssparenden Darbietung von ausführlichen Inhaltsangaben die Stärke dieses Buches. Die Schwächen sind aber nicht unerheblich.

Die in den Band aufgenommenen neueren Studien sollen vermutlich den Kanon der ländlichen Sozialforschung darstellen und sind der traditionellen, an der (nachholenden) Modernisierung des Dorfes orientierten Gemeinde- und Familienforschung zuzurechnen. Studien, die sich neueren Fragestellungen nach dem gesellschaftlich vermittelten Verhältnis zur Natur oder Gender-Aspekten widmen, fehlen völlig, eine Ausnahme stellt Inhetven von 1983 dar. Aus Sicht des Rezensenten wären hier mindestens das *Leviathan* Sonderheft 'Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land' (1979) und drei wegweisende Dissertationen zu nennen: Die beiden Arbeiten von Hans Pongratz (1992) und Oskar Kölsch (1990) über das Verhältnis zwischen tendentiell krisenhafter Modernisierung der Landwirtschaft und dem Umweltbewußtsein von Landwirten sowie die Untersuchung von Mathilde Schmitt über Landwirtinnen als GrenzüberschreiterInnen in der Männerdomäne Landwirtschaft (1997). Nicht zuletzt fehlt der Klassiker von Ilien/Jeggle 'Leben auf dem Dorf' (1978). Es kann kein Zufall sein, daß Untersuchungen, die sich der europäischen Ethnologie, der neueren Kulturgeschichte, dem Neo-Marxismus (wie etwa das *Leviathan*-Heft) bzw. einem kritischen gesellschaftstheoretischen Ansatz verschrieben haben, keinen Eingang gefunden haben.

So ist die von Vonderach postulierte Hoffnung, „daß dieser Band dazu beitragen kann, den Denk- und Erkenntnisreichtum der ländlichen Sozialforschung seit ihren Anfängen in produktiver Erinnerung zu halten“ (S. 9), sehr kritisch zu bewerten. Der Herausgeber schafft durch seine Auswahl Fakten: Etliche Werke werden nicht für erinnerungswürdig gehalten und/oder der Agrarsoziologie nicht als zugehörig definiert und damit den LeserInnen eine Auswahl präsentiert, deren Kriterien nicht ausgewiesen sind.

Bernd Hüttner

Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg und Arbeitsgemeinschaft der regionalen ländlichen Freilichtmuseen Baden-Württemberg (Hrsg.), Zöpfe ab, Hosen an. Die Fünfzigerjahre auf dem Land in Baden-Württemberg, 216 S., 193 Abb., Tübingen 2002.

Dieser reich bebilderte Band entstand im Rahmen einer Gemeinschaftsausstellung der Freilichtmuseen zum 50. Gründungsjubiläum Baden-Württembergs. Er hat die Transformation des ländlichen Raumes im „langen Jahrzehnt“ der 1950er Jahre zum Inhalt, die Zeit, die voller Widersprüche war und von der Gleichzeitigkeit von „Altem“ und „Neuem“ geprägt war. Die Aufsätze machen den klassischen Bogen solcher Veröffentlichungen auf: Thema sind das Zusammenleben auf dem Dorf, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen (in Baden-Württemberg immerhin 13,5 Prozent aller EinwohnerInnen) oder der Aufbruch der Frauen hin zu mehr Freiheit und Rechten. Das Bauerndorf wird zusehends zur Wohngemeinde und das landschaftstypische ländliche Bauen gehört der Vergangenheit an. Die ländlichen Haushalte werden modernisiert und die Konsumgesellschaft hält im ländlichen Raum Einzug. Die landwirtschaftliche Produktion selbst wird umgewälzt und immens rationalisiert: Der Trecker (oder wie er in Süddeutschland heißt, der Bulldog) kommt aufs Land und die Melkmaschine hält Einzug. 1949 verfügten in Baden-Württemberg lediglich 423 Betriebe über eine solche Maschine, 1960 waren es schon fast 50.000. Die Produktivitätsfortschritte waren enorm. Ein Mähdrescher mit drei Meter Schnittbreite benötigt heute zwei Stunden für einen Hektar Getreide, bei reiner Handarbeit waren früher 360 Stunden vom Mähen bis zum Dreschen erforderlich. Bemerkenswert ist, daß das sogenannte „Wirtschaftswunder“ trotz steigender Preise für landwirtschaftliche Produkte (S. 193) erst verspätet in Landwirtschaft und ländlichem Raum Einzug hielt (S. 59), eine Tatsache, wie sie jüngst auch für proletarische Milieus in

Bremen nachgewiesen wurde.* Die Modernisierung nährte Hoffnungen auf eine Überwindung von Mühsal und Handarbeit und sie führte schon bald - dies wird heute leicht vergessen - zur Überwindung von Hunger und befreite vom Kampf um die tägliche Existenzsicherung. Interessant ist die Beschreibung der kulturellen Modernisierung und man ist fast versucht zu glauben, daß Technik eben doch per se fortschrittlich sei: So wird z.B. der Aufbruch der Frauen nicht unwesentlich auf die durch die Massenmotorisierung erhöhte Mobilität zurückgeführt. Alles wurde (scheinbar) besser und größer, von Umweltproblemen oder Massentierhaltung war noch keine Rede. Bei all dem Aufbruch nach vorne, der in dem Band überzeugend dargestellt wird, hätte ich mir gewünscht, daß auch die ja keineswegs einheitliche ländliche Mentalität etwas kritischer dargestellt worden wäre, lagen die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus noch nicht sehr weit zurück und waren keineswegs verarbeitet worden.

Bernd Hüttner

Thomas Rudert/Hartmut Zückert (Hg.), Gemeindeleben Dörfer und kleine Städte im östlichen Deutschland (16.-18. Jahrhundert), (Potsdamer Studien zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft 1), Köln/Weimar/Wien 2001, 452 Seiten.

Zu der folgenden Buchbesprechung wurde ich durch meine langjährige Beschäftigung mit dem holsteinischen Gut Rixdorf¹ veranlaßt, das mit dem in der Öffentlichkeit bekannteren ehemaligen brandenburgischen Amtsdorf Rixdorf namensgleich ist. Hartmut Zückert erwähnt das letztere in dem zu besprechenden Sammelband in seinem Aufsatz „Gemeindeleben in brandenburgischen Amtsdörfern des 17./18. Jahrhunderts“. Beide Siedlungen sind aus Dorfgründungen der mittelalterlichen Ostkolonisation hervorgegangen, die sich, wenn man sie vom Ende des 19. Jahrhunderts aus betrachtet, strukturell nicht gegensätzlicher hätten entwickeln können. Das ostholsteinische Rixdorf hatte die Umgestaltung zur Gutsherrschaft erfahren und war ein Gutsbezirk und landwirtschaftlicher Großbetrieb geworden mit mehreren Meierhöfen und fünf abhängigen Dörfern, deren Bauern bis zum Ersten Weltkrieg über kein Bodeneigentum und keine gemeindliche Mitbestimmung verfügten. Im brandenburgischen Rixdorf, das im 18. Jahrhundert noch Zuzug durch mährische Exulanten erhalten hatte, hatten sich keine Gutsherrschaftsformen entwickelt, und die Bewohner besaßen als Erbzinsler stets

* Vgl. Renate Meyer-Braun, Alltag im Wirtschaftswunder. Bremer Wertarbeiterfamilien in den 50er Jahren, Bremen 2001.

¹ Alix Johanna Cord, Der Strukturwandel in der ostholsteinischen Gutswirtschaft um 1800 dargestellt am Beispiel der adligen Güter Rixdorf und Salzau (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 28), Neumünster 1997; dies., Die ostholsteinische Gutswirtschaft im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Hufenpächter (SWSG 34), Neumünster 2002, ebenfalls auf Rixdorfer Quellen basierend.

Anteil an der Verwaltung. Dieses bereits städtisch geprägte Rixdorf erhielt 1874 die neue preußische Gemeindeverfassung mit Gemeindevertretung. 1899 wurde Rixdorf nach Berlin eingemeindet und 1912 als Stadtbezirk in Neukölln umbenannt. 1871 zählte der holsteinische Gutsbezirk Rixdorf rund 1.400 Einwohner mit sinkender Tendenz, die brandenburgische Gemeinde Rixdorf dagegen schon 10.000 Einwohner, eine Bevölkerungszahl, die bis 1920 auf eine halbe Million anwuchs.²

Wenn man nach den Gründen für diese konträre Entwicklung sucht, kommt der Frage nach der unterschiedlichen Intensität der gemeindlichen Mitbestimmung sicherlich eine zentrale Bedeutung zu. Der von Thomas Rudert und Hartmut Zückert herausgegebene Sammelband hat das Gemeindeleben des 16. bis 18. Jahrhunderts im östlichen Deutschland, also im Verbreitungsgebiet der Gutsherrschaft, zum Thema. Zum Vergleich mit grundherrschaftlich strukturierten Territorien wurde Thüringen in die Untersuchung einbezogen. Die Beiträge der einzelnen Autoren sind aus der Forschungstätigkeit der von Jan Peters geleiteten und von der Max-Planck-Gesellschaft geförderten Arbeitsgruppe 'Ostelbische Gutsherrschaft als sozialhistorisches Phänomen' an der Universität Potsdam in den Jahren 1992-96 und 1997-99 erwachsen. Ziel der vorliegenden Publikation war es, die Handlungsspielräume und den Grad der Autonomie von frühneuzeitlichen dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden unter gutsherrlichen Bedingungen zu untersuchen und die einander ergänzende Existenz von kleinen Städten und Dörfern sowie die zwischen beiden möglichen Übergangsformen in einem vorwiegend ländlich/agrarisch geprägten Raum zu betrachten. Wie Hartmut Zückert in seinem Forschungsüberblick darlegt, galt bei den meisten Historikern bislang das Gemeindeleben in Gutsherrschaftsgebieten als wenig entwickelt. Hier setzte Jan Peters mit seiner historisch-anthropologischen Kritik an. Thomas Rudert beklagt in seiner grundlegenden Einführung, daß die politische, wirtschaftliche und kulturelle Verfaßtheit der kleinen Städte kaum zur Kenntnis genommen worden sei, und daß man diese Städte durch den Vergleich mit den Großstädten in ihrer Bedeutung stets unterschätzt habe. Auch sei behauptet worden, daß das gering entfaltete Städtewesen entscheidend zur Errichtung der Gutsherrschaft beigetragen habe. Thomas Rudert weist demgegenüber auf die mannigfachen ökonomischen, sozialen, konfessionellen, kulturellen und juristischen Rückbindungen der kleinen Städte auf das agrarische Umland hin.

Insgesamt ergibt sich aus den verschiedenen Beiträgen, daß im östlichen Deutschland ein durchaus entwickeltes Städtewesen vorhanden war, und daß sich das Gemeindeleben in den Dörfern und kleinen Städten im 16. bis 18. Jahrhundert weitaus aktiver gestaltete, als bisher angenommen. So zeigte sich sowohl in den dörflichen als auch in den kleinstädtischen Gemeinden ein beachtlicher Selbstbehauptungswille gegenüber herrschaftlicher 'Übermächtigung'. Zückert untersucht für brandenburgische Amtsdörfer die Rolle des Dorfschulzen, der Allmende und der Kirchengemeinde und weist nach, daß alle drei Institutionen, wenn auch in abgestufter Form, wirksam waren. Lieselott Enders spricht von der 'Vitalität' der Dorfge-

² Zu Rixdorf in Holstein: Henning Oldekop, *Topographie des Herzogtums Holstein*, Kiel 1908. - Zu Rixdorf in Brandenburg: Eugen Brode, *Geschichte Rixdorfs*, Rixdorf 1899; Johannes Schultze, *Rixdorf-Neukölln. Die geschichtliche Entwicklung eines Berliner Bezirks*, Berlin 1960.

meinde. Diese äußere sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet in Form von agrarischen Innovationen. Selbst für die Gutsdörfer in Holstein, die der extremen Gutsherrschaft unterlagen, kann Jan Klußmann eine eingeschränkte Mitwirkung der Gemeinde erkennen, z. B. an der Mitgliedschaft der Bauern in den Gilden und an ihrer Beteiligung an der Wahl des Hirten. Rudert beschreibt den Lebenszuschnitt der Gemeindemitglieder in den Dörfern und kleinen Städten als ähnlich strukturiert, konstatiert aber bei den kleinstädtischen Bürgern ein noch stärkeres Selbstbewußtsein als bei den Bauern. Peter Franke spricht von der 'kommunalpolitischen Geschichtsmächtigkeit' der Kleinstädte.

Während Frank Göse am Beispiel Brandenburgs nur geringe Unterschiede bei der Konflikthäufigkeit in domanialen und adligen Mediatstädten feststellen kann, weist Zückert darauf hin, daß die Landgemeinde in Ostdeutschland in der Zeit vom 16. bis 18. Jahrhundert von sehr unterschiedlicher Bedeutung sein konnte. Nach seiner Erkenntnis war die Beschaffenheit der Landgemeinde von der Ausprägung der Gutsherrschaft abhängig, die sich zeitlich, regional und herrschaftsabhängig verschieden darstellte. Deshalb kann die von Klußmann festgestellte bäuerliche Mitbestimmung auf dem holsteinischen Gut Jersbek nicht sonderlich überraschen; denn die Gutsherrschaft war im Itzehoeer Güterdistrikt, wozu Jersbek zählte, stets weniger stark ausgeprägt als in den drei anderen holsteinischen Güterdistrikten. Auch die Tatsache, daß alle Jersbeker Bauern bis Ende des 18. Jahrhunderts Erbpächter wurden, beweist diese Sachlage.

Der Perspektivwechsel bei der Betrachtung des Städtewesens hat zu vielen wichtigen neuen Einsichten in das Gemeindeleben in Ostdeutschland geführt. Vielleicht hätte das Resümee der Einzelergebnisse die Interdependenz von dörflicher und kleinstädtischer Gemeinde in Ostdeutschland noch anschaulicher herausarbeiten können. Wiederum am Beispiel des Gutes Jersbek wird aber meines Erachtens deutlich, wieviel nachhaltiger trotz der Zentralortfunktion kleiner Städte die Nachbarschaft von Großstädten das Gemeindeleben beeinflussen konnte. So befand sich Jersbek mit seinen abhängigen Dörfern in einer bevorzugten wirtschaftlichen Lage im Einzugsbereich der Handelsstadt Hamburg. Auch das von Zückert herangezogene brandenburgische Kämmereidorf Rixdorf geriet in den Sog einer Großstadt und hatte daher als Gemeinde andere Entwicklungsmöglichkeiten als abgelegene Dörfer wie das namensgleiche Gut Rixdorf, das im verkehrstechnisch schlecht erschlossenen östlichen Holstein lag.

Alix Johanna Cord

Alix Johanna Cord, Die Ostholsteinische Gutswirtschaft im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Hufenpächter (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 34), Neumünster 2002, 291 S.

In dieser Studie wird erstmals die Entwicklung der ostholsteinischen Gutswirtschaft nach den Agrarreformen um 1800 bis zum Ersten Weltkrieg untersucht. Zentrale Fragestellungen sind der Beitrag der Hufenpächter zur Modernisierung auf dem Land, die Auswirkung von konjunkturellen Krisen auf die Hufenpächter am Ende des 19. Jahrhunderts sowie die veränderte Rolle der Hufenpächter in der Gutsgesellschaft des 19. Jahrhunderts. Dabei werden insbesondere die Rolle und der Einfluß der verschiedenen sozialen Gruppen in der Gutsgesellschaft betrachtet. Basis der Studie sind die gut überlieferten Archive der Güter Rixdorf und Seedorf, nördlich bzw. südwestlich von Pön.

Untersucht werden u.a. die soziale Gliederung der Gutsgesellschaft, die Charakteristik der Pachtverträge, die ökonomische Zielsetzung der Hufenpacht, das Einkommen der Pächter sowie ihr Verhältnis zum Staat. Zahlreiche Beispiele aus dem alltäglichen Leben in der Gutsgesellschaft veranschaulichen damalige Probleme, Vor- und Nachteile der Agrarwirtschaft. Anschauliche Tabellen z.B. zu den Ernteergebnissen, dem Viehbestand, zu Schulden, Steuern, Gesinde und Art des Hausrates lassen Vergleiche mit anderen Gütern zu und erlauben eine Einordnung der Ergebnisse in die Agrargeschichte des 19. Jahrhunderts.

Ein besonderer Schwerpunkt der Studie liegt auf der Erforschung der Lebenswelt und des Selbstverständnisses der Hufenpächter. Es finden sich Darstellungen über Streitigkeiten und Beschwerden, über die Altenteiler und die Rolle der Insten, über gutfremde Familien als Pächter und die Charakteristik der Hufnerpersönlichkeiten. Insgesamt ergibt diese Untersuchung eine Vielzahl neuer Erkenntnisse zur Agrargeschichte im beginnenden Industriezeitalter.

Verlagsankündigung

MITGLIEDERNACHRICHTEN

Veröffentlichungen von Mitgliedern:

- Stefan Brakensiek, Marken und Gemeinheiten in Westfalen und Niedersachsen. Verwaltung - Bewirtschaftung - Nachhaltigkeit, in: Johannes Altenberend (Hrsg.), Kloster - Stadt - Region (Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Heinrich Rüthing), Bielefeld 2002, S. 291-314.
- Alix Johanna Cord, Die ostholsteinische Gutswirtschaft im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Hufenpächter, Neumünster 2002.
- Martina DeMoor/Paul S. Warde/Leigh Shaw-Taylor (Hrsg.), The management of common land in North West Europe, ca. 1500-1850, Turnhout 2002.
- Der Holznagel. Mitteilungsblatt der Interessengemeinschaft Bauernhaus (besteht seit 1974; Beziehbar: Verlag Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V., Postfach 1244, D-28859 Lilienthal).
- Bernhard Ecker/Ernst Langthaler/Martin Neubauer, Denk-Orte: ein Dorf reflektiert sein Gedächtnis, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13 (2002) H. 2, S. 85-120.
- Peter Hoppenbrowers/Jan Luiten van Zanden (Hrsg.), Peasants into Farmers. The transformation of rural economy and society in the Low Countries (middle ages-19th century) in light of the Brenner Debate, Turnhout 2001.
- Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweitzer, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und im nördlichen Burgenland, Projektbericht an die Historikerkommission der Republik Österreich, Wien 2002 [im Druck und ab Jahresbeginn 2003 auf www.historikerkommission.gv.at].
- Ulrich Kluge/Winfried Halder/Katja Schlenker (Hrsg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der 'sozialistischen Landwirtschaft' in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die 50er Jahre, Stuttgart 2002.
- Frank Konersmann, Strukturprobleme und Entwicklungschancen der Landwirtschaft um Zweibrücken zwischen 1760 und 1880, in: Charlotte Glück-Christmann (Hrsg.), Zweibrücken 1793 bis 1918: Ein langes Jahrhundert, Blieskastel 2002, S. 36-69.
- Ders., Existenzbedingungen und Strategien protokapitalistischer Agrarproduzenten. Bauernkaufleute in der Pfalz und in Rheinhessen (1770-1880), in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 13 (2002) H. 4 [im Druck].
- Franz Kromka/Gerd Vonderach (Hrsg.), Land-Berichte (Halbjahresschrift über ländliche Regionen), Sonderheft (Ulrich Planck zum 80. Geburtstag), 7 (2001).
- Ernst Langthaler, Aufstieg und Fall eines Lokalhelden. Gedächtnis, Identität und Macht im ländlichen Österreich (1945-1960), in: Václav Bůžek/Dana Štefanová (Hg.), Menschen - Handlungen - Strukturen. Historisch-anthropologische Zugangsweisen in den Geschichtswissenschaften, ěeské Budjovice 2001, S. 423-437.
- Ders., Dorfgeschichte als reflexiver Prozeß, in: Historische Anthropologie 10 (2002) H. 1, S. 125-133.
- Ders., Österreich vor Ort. Ein Weg in die kollektive Identität der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13 (2002) H. 1, S. 7-43.
- Ders., Ein Brief an den Führer. Bäuerliche Identitäten im Nationalsozialismus, in: Bericht über den 22. Österreichischen Historikertag in Klagenfurt 1999, Wien 2002, S. 104-106.
- Ders., The Rise and Fall of a Local Hero. Memory, Identity and Power in Rural Austria, 1945-1960, in: Cultural Studies 16 (2002) H. 6 [im Druck].
- Ders., Feiern im Wiederaufbau. Identitätspolitik in einer österreichischen Dorfgesellschaft 1945-1960, in: Nikola Langreiter/Margareth Lanzinger (Hg.), Wandel : Kontinuität. Kulturwissenschaftliche Versuche über ein schwieriges Verhältnis, Wien 2002 [im Druck].
- Ders./Josef Redl, Agrargeschichte wohin? Reflexionen zur Tagung „Landwirtschaft und Gesellschaft von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“, (11.-12.10.2002, Feldbrunnen bei Solothurn/CH), in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 13 (2002) H. 4 [im Druck].
- Ders., Agrarwende in den Bergen: eine Region in den niederösterreichischen Voralpen (1880-2000), in: Ernst Bruckmüller/Ernst Hanisch/Roman Sandgruber (Hg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Band 2, Wien 2003 [im Druck].
- Ders., Agrarwende in der Ebene: eine Region im niederösterreichischen Flach- und Hügelland (1880-2000), in: ebd.
- Hans Pohl, Die rheinischen Sparkassen. Entwicklung und Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft von den Anfängen bis 1990, Stuttgart 2001.
- Jörg Rode, Der Handel im Königreich Bayern um 1810, Stuttgart 2001.
- Andreas Suter/Manfred Hettling (Hrsg.), Struktur und Ereignis (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19), Göttingen 2001.
- Ders., Ereignisse als strukturbrechende und strukturbildende Erfahrungs-, Entscheidungs- und Lernprozesse. Der schweizerische Bauernkrieg von 1653, in: ebd., S. 175-207.
- Tiroler Geschichtsverein Bozen (Hrsg.), Eine Geschichte Südtirols, Option Heimat. Opzioni una storia dell'Alto Adige, Bozen 1989.
- Gerd Vonderach (Hrsg.), Landbewohner im Blick der Sozialforschung. Bemerkenswerte empirische Studien in der Geschichte der deutschen Land- und Agrarsoziologie, Münster 2002.
- Elisabeth Weinberger, Waldnutzung und Waldgewerbe in Altbayern im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, Stuttgart 2001.